Anzeigenpreise:
Die achtgespaltene Zeile 40 ₰
Inserate für auswärts . 50 ₰
Arbeitsmarkt- und Wohnungsanzeigen . 20 ₰
Die viergespaltene Reklamezeile . . . . . 150 ₰
Bei Wiederholungen Rabatt.

Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unsern Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen . monatlich 1,60 ℳ
vierteljährlich 4,80 ℳ
Durch d. Post bez. außerd. Zustellgebühr . monatl. 14 ₰
Einzelnummern . . . . . . 10 ₰
Postscheckkonto Danzig 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion:
Spendhaus 6 :: Telephon 720

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Expedition:
Spendhaus 6 :: Paradiesgasse 32
Telephon 3290

Nr. 198 | **Donnerstag, den 28. August 1919** | **10. Jahrgang**

Die Reaktion des Ostens.

Eines der schwärzesten Kapitel der deutschen Geschichte ist der Menschenhandel, den deutsche Fürsten mit ihren Untertanen im 18. Jahrhundert trieben. Damals hatte England große Kämpfe gegen die amerikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu führen. Die Engländer selbst hatten aber keine Lust, ihr Leben im Dienste ihres Vaterlandes in die Schanze zu schlagen. Das überließ man fremden Söldlingen; diese bot im reichlichsten Maße Deutschland. Zwar waren es keine Freiwilligen, die sich dazu hergaben, in Englands Interesse den amerikanischen Freiheitskampf niederzuschlagen. Es waren vielmehr arme deutsche Landeskinder, die von ihren Gottesgnadenfürsten für schnödes Geld an England verkauft wurden.

An diese Vorkommnisse wird man erinnert durch die Ereignisse in letzter Zeit bei uns im Osten. Als im November vorigen Jahres unsere Front zusammenbrach, war es notwendig, den heranstürmenden bolschewistischen Armeen einen Damm entgegenzusetzen. Dieses geschah durch Einsetzung einer Reihe von Freiwilligentruppen, die in Gemeinschaft mit kurländischen, lettischen und estnischen Truppen den Bolschewismus aus den baltischen Ländern fernhielten. Unterdessen sind die demokratischen Regierungen der baltischen Länder erstarkt. Die Aufgabe der Freiwilligentruppen ist längst erledigt. Auch sind wir nicht mehr durch den Waffenstillstandsvertrag gezwungen, unsere Truppen im Baltenland stehen zu lassen. Trotzdem schaffen uns diese deutschen Truppen eine Schwierigkeit nach der andern.

Wir nahmen bereits gestern zu der Frage der Bekämpfung des Sowjetrußland Stellung und äußerten dabei, daß für diese Zwecke auf keinen Fall deutsche Truppen in Frage kommen dürften. **Es ist aber leider eine Tatsache, daß große deutsche Truppenteile im Dienst der russischen Gegenrevolution stehen.** Unter der Führung des russischen Fürsten Lieven wird eine russische reaktionäre Armee aufgestellt. Ganze deutsche Verbände sind mit voller Ausrüstung zur russischen Zarentruppe übergetreten. In Deutschland selbst wird unverblümt für die russische Gegenrevolution geworben. Es wurden z. B. deutsche Mannschaften in russische Uniform gekleidet und nach dem Osten gesandt.

Der Anwerbungsvertrag der russischen Truppen betont vollständig den gegenrevolutionären Charakter der Formation. Wir entnehmen ihm nur einzelne Punkte:

Ziele des Detachements: Bekämpfung des Bolschewismus und Wiederherstellung der Ordnung und einer gesetzlichen Regierung in Rußland.

Der Dienst im Detachement gilt als Staatsdienst im Sinne der Gesetze, die vor dem 27. Februar 1917 (also vor der Revolution) im russischen Reiche in Kraft waren.

Alle Freiwilligen, die in das Detachement eintreten, verpflichten sich dadurch, so lange beim Detachement zu bleiben, bis in Rußland Ruhe, Ordnung und eine gesetzliche Regierung hergestellt ist, jedoch zunächst nicht länger als auf ein Jahr.

Eine Treuprämie wird an alle Offiziere und Mannschaften gezahlt, die spätestens am 1. September 1919 beim Detachement Keller eintreten und bis zur endgültigen Niederwerfung des Bolschewismus beim Detachement geblieben sind, in Höhe von 5000 Mk.

Das Detachement wird sich dafür einsetzen, allen Angehörigen des Detachements ein weiteres Verbleiben in Rußland zu ermöglichen und ihnen eventuell die russische Staatsangehörigkeit zu verschaffen.

Als Löhnungssatz sind zunächst pro Tag 11 Mk., steigend bis zu 40 Mk., neben freier Verpflegung usw. festgesetzt. Daß die deutschen militärischen Stellen von dem Treiben unterrichtet sind, geht aus einer Bestimmung hervor, die die Desertion behandelt:

Für die eigenmächtige Flucht nach Dienstantritt sowie auch für eigenmächtige unerlaubte Handlungen unterliegen die Freiwilligen einer Entlassung, und außerdem werden die deutschen Behörden und die betreffenden Kommandostellen benachrichtigt zur Festnahme und Uebergabe an das Gericht.

Die deutschen Truppen sind jetzt zur offenen Meuterei übergegangen. Die Regierung hatte den Abtransport der Truppen aus dem Osten angeordnet. Diese haben sich jedoch geweigert, die baltischen Lande zu verlassen. Und zwar aus dem Grunde, weil die lettische Regierung die Versprechungen nicht erfüllt, die den Soldaten seinerzeit gmacht worden sind. Die Ansiedlung von deutschen Soldaten wird von der lettischen Regierung nicht gestattet. Infolgedessen haben sich Ereignisse entwickelt, über die Wolffs Büro folgendes berichtet:

Mitau, 25. Aug. Die lettländische Regierung hatte den im Baltikum im Kampfe gegen den Bolschewismus stehenden Truppen Bürgerrechte zwecks Ansiedlung versprochen. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Die deutsche Regierung hat gegenüber dieser Stellungnahme der lettländischen Regierung die Zurückziehung der Truppen angeordnet. Der Kommission, die die Truppen im Interesse ihrer Forderung auf Siedlung zur Regierung gesandt hatte, wurde wohlwollende Erwägung zugesagt. **Die Truppen, die aus dem Bericht der Kommission und der Tatsache der fortlaufenden Abbeförderung von Truppen erkannten, daß ihr Streben nach Aufrechterhaltung ihrer Rechte und Bekämpfung des Bolschewismus außerhalb der Grenze Deutschlands nicht Unterstützung fand, wollten sich nicht auflösen lassen und haben durch ihre Vertreter am Sonntag den Beschluß gefaßt, unter allen Umständen ihre mit ihrem Blut wohlerworbenen durch Vertrag verbrieften Rechte auf Bürgerrecht und Siedlung in Lettland aufrecht zu erhalten.** In Ausführung dieses Beschlusses wurden mit der Bitte um Unterstützung Telegramme an Oberpräsident Winnig abgesandt und weitere an Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Bauer, Nationalversammlung und Reichswehrminister Noske.

Ferner wird hierzu von zuständiger Seite mitgeteilt:

Die Reichsregierung ist verpflichtet, den Friedensvertrag zu erfüllen, und sie muß deshalb mit allem Nachdruck darauf bestehen bleiben, daß die Räumung des Baltikums schleunigst erfolgt. Der Schutz Ostpreußens gegen etwaige Einfälle bolschewistischer Banden hat an der Reichsgrenze zu geschehen. Hierfür wird in der nötigen Weise Vorsorge getroffen werden. Im Zusamenhang mit der Räumung des Baltikums war auch die Rückverlegung des 6. Reservekorps angeordnet, und der Kommandierende dieses Korps, Graf von der Goltz, hatte Befehl, nicht mehr nach Mitau zurückzukehren. Als Graf von der Goltz von der Gehorsamsverweigerung eines Teiles der Truppen erfuhr, hielt er sich für verpflichtet, auf eigene Verantwortung nach Mitau zurückzukehren, um seinen Einfluß auf die Truppen geltend zu machen. Infolge der Unruhe kam es leider in Mitau auch zu Zusammenstößen mit lettischem Militär, wobei zwei lettische Kompanien entwaffnet und die lettische Kommandantur geplündert wurden. Graf von der Goltz hat in einem Schreiben an den lettischen Oberbefehlshaber dies gemißbilligt, sein Bedauern ausgesprochen, eine eingehende Untersuchung versprochen, und angeordnet, daß die weggenommenen Waffen wieder zusammengebracht werden. Graf von der Goltz hat weiter Korpsbefehl an die Truppen erlassen, in dem die Widersetzung der Truppen gegen den Befehl der Regierung gemißbilligt wird. — Die Regierung hat Verständnis für die Mißstimmung, die unter den Freiwilligen herrscht, die sich nur deshalb anwerben ließen, weil sie auf Ansiedlung im Baltikum hofften; aber sie hat nicht die Machtmittel, die Wünsche der Truppen zu erfüllen. Die Regierung erwartet aber von den im Baltikum kommandierenden Truppenführern, daß sie die Truppe über die verhängnisvollen Folgen ihrer Disziplinlosigkeit aufklären und in Gehorsam zurückbringen werden.

Aus alledem geht hervor, daß mit der bisherigen Ostpolitik radikal Schluß gemacht werden muß. Die Unterstützung des Deutschtums im Ausland darf nicht in eine Unterstützung der Reaktion ausarten. Es würde sich bitter rächen, wenn die Regierung hier nicht endlich mit fester Hand eingreifen würde.

Ein Kongreß der Konfusionsräte.

Ein Reichserwerbslosenkongreß begann in Hamburg seine Tagung in Anwesenheit von etwa 80 Delegierten der Erwerbslosenräte und Ausschüsse. Nachdem die Geschäftsordnung festgesetzt war, erstattete Wendel (Berlin) den Bericht über die Tätigkeit des Erwerbslosenrates. Eine längere Aussprache schloß sich an, als deren Ergebnis eine vom Arbeitslosenrat Sachsen eingebrachte Entschließung mit 39 gegen 24 Stimmen angenommen wurde, die die Tätigkeit des bisherigen geschäftsführenden Reichs-Erwerbslosenausschusses in jeder Beziehung als durchaus unzulänglich erklärte, da bisher kein positives Arbeiten desselben zu beobachten war, und die ein **besonderes Mißtrauen** ausspricht über die parteiische Stellungnahme des geschäftsführenden Ausschusses in Nr. 28 der „Rätezeitung" gegenüber den Arbeitslosenräten der U. S. P. D., insbesondere betreffend des Hinweises auf die kommenden Wahlen. Der geschäftsführende Ausschuß sei nicht befugt, derartige lokale Differenzen mit dem Namen des gesamten Reichs-Erwerbslosenausschusses zu decken. Bei der Prüfung der Mandate stellte sich heraus, daß der sich als Kommunist und Vertreter des Erwerbslosenausschusses ausgebende Vertreter **eines Agrarblattes** Grünbaum kein Mandat besaß. Die Versammlung schloß ihn aus, weil er sich unter falschem Vorwand **eingeschlichen** hatte.

In seiner Nachmittagssitzung nahm der Reichskongreß der Erwerbslosen eine Entschließung an, in der die Regierung aufgefordert wird, sofort in eine energische Prüfung der Auswandererfrage einzutreten und gesetzgeberisch unter Berücksichtigung der Invaliden- und Reichsversicherung, Reichs- und Staatspension und Militär- und Kriegsrenten vorzugehen. Der Kongreß fordert weiter die sofortige Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetrepublik Rußland, die das bestgeeignetste Land zur Auswanderung sei. In der Kohlenfrage wurde entgegen der von den Vertretern aus den **Kohlengebieten** geäußerten Notwendigkeit einer vermehrten Förderung eine Entschließung angenommen, in der die Beschickung der Kohlengebiete mit Arbeitslosen abgelehnt und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Delegierten der Rheinprovinz die Beschickung der Zechen nicht eher begünstigen, bis die Produktion in sozialistischem Sinne aufgebaut sei. Die Versammlung nahm einen sehr erregten Verlauf, wodurch ein Redner zur Feststellung veranlaßt wurde, daß sie den Eindruck einer kommunistischen Parteiversammlung mache.

Ein internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Nach dem „Vorwärts" fanden heute in Amsterdam Besprechungen zwischen den Führern der Bergarbeiterbewegung aller Länder über die Abhaltung eines internationalen Bergarbeiterkongresses statt. Die britischen Bergarbeiter waren durch Smillie und Wodges vertreten. Die deutschen Delegierten trafen gestern bis auf Hue schon ein.

Gegen die Kapitalflucht.

Berlin, 26. Aug. (W. T. B.) Zu der Frage des Notenumtausches gibt das Reichsfinanzministerium amtlich bekannt: Ueber die Durchführung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht haben in den letzten Tagen Besprechungen mit einem großen Kreis von Sachverständigen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Beratungen beabsichtigt der Reichsminister der Finanzen, den Umtausch des deutschen Papiergeldes vorzuschreiben. Eine Abstempelung der Banknoten usw. ist überhaupt nicht in Frage gekommen.

Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes.

Breslau, 26. Aug. (W. T. B.) Nachdem im oberschlesischen Industriegebiet wieder Ruhe und Ordnung eingekehrt sind und die Arbeit in den Gruben- und Hüttenwerken zum Teil wieder aufgenommen worden ist, wurde der verschärfte Belagerungszustand aufgehoben. Es treten somit wieder die Bestimmungen gegolten haben.

Unruhen in Brünn.

Wien, 26. Aug. Die Blätter veröffentlichen Meldungen über die gegen Deutsche und Juden gerichteten Unruhen in Brünn, wobei in größeren Straßen die deutschen Firmentafeln und die Straßenschilder herabgerissen und zertrümmert wurden. An den Ausschreitungen waren auch Legionäre und Damen der besseren Gesellschaft beteiligt.

Der Schrecken Asiens.

Amsterdam, 26. Aug. Laut Telegraaf melden Times aus Peking, daß in Shanghai eine ernste Choleraepidemie wäre und sich von dort in nördlicher Richtung über China ausbreite. In Mukden fallen der Cholera täglich 150 Personen zum Opfer.

Demokratisierung der Gemeindeverwaltung.

Wie wir einer Denkschrift des Verbandes rheinisch-westfälischer Gemeinden entnehmen, sind die neuen Entwürfe der Städteordnung, der Landgemeindeordnung, der Kreisordnung und der Provinzialordnung von dem Staatskommissar, Minister a. D. Dr. Drews bereits fertiggestellt und in den Monaten Juni und Juli mit den Interessenten eingehend durchgesprochen worden. Es dürfte danach feststehen, daß sie Mitte September beim Wiederzusammentritt der Preußischen Landesversammlung dieser zugehen können.

Grundlagen der neuen Gemeindeverfassungen sind Einheitlichkeit, Selbstverwaltung und Demokratie. Ganz Preußen wird künftig eine Landgemeindeordnung, eine Städteordnung, eine Kreis- und eine Provinzialordnung haben. Auch die Bestimmungen in diesen vier verschiedenen Ordnungen sind möglichst angeähnelt, vielfach aus der einen Ordnung in die andere wörtlich übernommen.

Grundlage der Selbstverwaltung ist die Gemeinde. Da die Landgemeinden vielfach leistungsunfähig wären, wenn sie zu klein sind, werden sie zu Amtsverbänden zusammengefaßt. An der Spitze des Kreises soll der Landrat stehen, der vom Kreistag auf 12 Jahre gewählt und damit Kommunalbeamter wird. Auch der Landeshauptmann der Provinz und die Leiter der Gemeinden wie der Amtsbezirke werden frei gewählt und bedürfen nicht einmal einer Bestätigung durch die Regierung. Landbürgermeister, Amtmänner, Amtsvorsteher, Bürgermeister und Landräte gehen aus freier Wahl hervor, in welche die Regierung nicht einzugreifen vermag. Auch beschließen die Selbstverwaltungskörperschaften frei und sind keiner Anweisung der Staatsregierung unterworfen. Die ganze Staatsaufsicht ist auf das denkbar geringste Maß zurückgeführt. Eine Menge Aufgaben, die bisher der Staat erfüllte, sind für die Zukunft der Entscheidung der Provinzen oder andrer Selbstverwaltungskörper übertragen.

Kurzum, schon die Entwürfe der neuen örtlichen öffentlichen Organisationen lassen erkennen, daß die Demokratisierung endgültig und restlos durchgeführt werden wird.

Protest gegen monarchistische Bestrebungen.

Unser Dortmunder Parteiblatt veröffentlicht folgende Zuschrift:

Anläßlich der bei dem Abschiedsball der 1. M.-G.-Komp. im großen Saale des Wirts Falke zu Vehlen bei Bückeburg gesungenen patriotischen Lieder aus vorrevolutionärer Zeit erheben die gesamten Unteroffiziere und Mannschaften der 2. Kompanie nachdrücklichst Protest. Wir protestieren dagegen, daß Ballfestlichkeiten zu patriotischen Veranstaltungen monarchistischen Angedenkens ausgeschlachtet werden; daß innerhalb eines republikanischen Truppenverbandes monarchische Lieder wie: „Heil dir im Siegerkranz", „Dem Kaiser Wilhelm haben wir geschworen" usw. gesungen werden. Wir erklären, daß wir mit den monarchistischen Schreiern nichts gemein haben und als eine mit republikanischen Staatsgeldern bezahlte Formation, auf dem durch die Revolution geschaffenen Boden stehen. Wir halten es als Ordnungstruppe und mit den Gesamtinteressen des deutschen Volkes nicht vereinbar, durch Lob- und Hochrufe auf die frühere kaiserliche Herrschaft das monarchistische Prinzip zu unterstützen und so der Reaktion den Weg zu bahnen. Wir erklären nochmals, daß wir als eine innerhalb der freien Republik Deutschland aus Staatsmitteln bezahlte Formation nur Leute mit republikanischer und nicht solche mit ausgesprochener monarchistischer Gesinnung gebrauchen können. Wenn die Monarchisten so treu mit Wort und Tat für ihre Gesinnung kämpfen, wäre es ihre selbstverständliche Pflicht, aus dem Verbande, der nur republikanische Interessen zu vertreten hat, auszuscheiden. Gewiß, wir betrachten uns als Ordnungstruppe, die nur das Nationaleigentum vor Verschleuderung und Vernichtung schützen soll, sehen es aber als natürlich an, daß jeder unserem Verbande Angehörige sich die republikanische Staatsauffassung zu eigen gemacht hat und konterrevolutionäre Regungen nicht aufkommen läßt. Auch in der kaiserlichen Armee wurden revolutionäre Truppenteile nicht geduldet. Wir erwarten, daß die als monarchistische Schrittmacher gekennzeichneten Leute ebenfalls, wie wir es tun, in breiter Oeffentlichkeit die Gründe für ihr Verhalten niederlegen. Die Oeffentlichkeit steht jedem frei. Wir glauben aber, daß die bei dem gestrigen Fest soviel geschmähte, aber an Realem festhaltende 2. Kompanie vollsten Beifall bei der Bevölkerung aller Schichten finden wird. Wir wünschen, daß sämtliche anderen Kompanien des Sturm- sowie des Marschbataillons ihrem Solidaritätsgefühl für oder gegen uns Ausdruck geben, sehen aber dem Ergebnis mit Ruhe entgegen. Volle Verantwortung für den Inhalt vorstehenden Schreibens übernehmen hiermit

Die gesamten Unteroffiziere und Mannschaften der 2. Komp.
Sturmbataillon. West. Freikorps Pfeffer.

Der Protest dieser Kompanie, die sich übrigens mit ihrem Hauptmann im besten Einvernehmen befindet, verdient überall Nachahmung, wo man es mit monarchistischen Kundgebungen versucht.

Die neuen Steuern.

Die Kapitalbesteuerung,

wie sie der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorliegt, entspricht [illegible] nicht voll den Wünschen der Sozialdemokratie, aber sie trifft das Vermögen und den Kriegsgewinn so [illegible] wie nur eine Steuer [illegible].

Die Kriegsabgabe vom Mehreinkommen soll betragen für die ersten 10 000 Mark [illegible] Mark. Sie würde ferner betragen bei einem

Mehreinkommen von	15000 Mk.	=	1000 Mk.
„ „	30000 „	=	6000 „
„ „	50000 „	=	15000 „
„ „	100000 „	=	40000 „

[illegible] die Hälfte.

Die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs sieht vor

[illegible] Prozent für die ersten	10000	Mark
[illegible] „ für die nächsten	10000	„
[illegible] „ „ „	10000	„
[illegible] „ „ „	20000	„
[illegible] „ „ „	50000	„
[illegible] „ „ „	100000	„
[illegible] „ „ „	100000	„
[illegible] „ „ „	100000	„
[illegible] „ „ „ weiteren Beträge		

Die [illegible] Vermögensabgabe [illegible]

[illegible] Proz. von den ersten angefangenen od. vollen	50000	M.
[illegible] „ „ „ nächsten	50000	„
[illegible] „ „ „ „	100000	„
[illegible] „ „ „ „	100000	„
[illegible] „ „ „ „	200000	„
[illegible] „ „ „ „	200000	„
[illegible] „ „ „ „	200000	„
[illegible] „ „ „ „	500000	„
[illegible] „ „ „ „	500000	„
[illegible] „ „ „ „	1000000	„
[illegible] „ „ „ „	2000000	„
[illegible] „ „ „ „	2000000	„
[illegible] „ „ „ weiteren Beträgen		

[illegible]

[illegible]

Die Ernüchterung der Elsässer über die französische Verwaltung.

[illegible] eine Militärregierung schlimmster Art sich entpuppt hat, es mit aller Macht darauf anlegt, sich schleunigst alle Sympathien zu verscherzen, und man kann schon jetzt sagen, daß ihr dies in hervorragendem Maße gelungen ist. Die fortdauernden Streiks, die jüngsten Unruhen in Straßburg reden in diesem Punkte eine deutliche Sprache. Nicht nur in der Arbeiterschaft hat die Unzufriedenheit einen starken Grad der Gährung erreicht, auch in den Kreisen der elsässischen Intelligenz beginnt es zu dämmern, daß doch nicht alles Heil bei Frankreich liege und daß, wenn man schon einen Militarismus gegen den anderen eintauschen mußte, bei einer vergleichenden Betrachtung der deutsche wahrhaftig nicht schlecht abschneidet. Was immer auch der Elsässer dem deutschen System vorwerfen konnte — und das war zugestandenermaßen nicht wenig — er hat doch heute erkennen gelernt, daß die deutsche Verwaltungs- und Organisationsmethode gegenüber dem französischen Verwaltungsregime einen unbestreitbaren Grad der Ueberlegenheit besitze, den einsichtige Franzosen, selbst wenn auch mit Bedauern und widerwillig haben erkennen müssen. Erst jüngst begegnete man wieder in der „Humanité" solch beweglicher Klage über die Vorzüge des deutschen Systems. Ein Urteil über den Verfall der Straßburger Bibliothek unter der französischen Verwaltung ist geradezu ein begeisterter Hymnus auf deutsche Methodik und Organisationskunst, denen Frankreich bis zur Stunde nichts Gleichwertiges an die Stelle zu setzen gewußt habe. Wir in Deutschland haben allen Anlaß, solche immer offenkundiger zutage tretende Ernüchterung der Elsässer als wertvollste Anerkennung dessen, was Deutschland für das ehemalige Reichsland geleistet, zu deuten.

Die U. S. P. für eine vierte Internationale.

Die erweiterte Parteileitung der Unabhängigen beschäftigte sich in einer Sitzung mit dem Verlauf der Luzerner Konferenz. Sie war einmütig der Ansicht, daß sie unbedingt an den prinzipiellen Voraussetzungen für die Teilnahme an der Internationale festhält, und daß insbesondere der [illegible] gegen an eine Internationale unmöglich werde, die die Politik und damit die Partei der Rechtssozialisten noch als eine sozialistische anerkennt. Sie erstrebt eine das gesamte Proletariat umfassende Internationale, die auf sozial-revolutionärem Boden steht. Die Frage der Stellungnahme zur Internationale wird auf die Tagesordnung des Parteitages gestellt, der für den Herbst geplant ist.

Die Parteileitung der U. S. P. ist also einmütig der Ansicht, daß nicht die Einigung des Proletariats an sich das Wichtigste ist, sondern der „sozial-revolutionäre Boden", wie sie ihn auffaßt. Da die Leute der dritten Internationale davon wieder eine andere Auffassung haben als die Unabhängigen, diese aber von der zweiten Internationale nichts wissen wollen, solange sie an den Grundsätzen der Demokratie festhält, bleibt schließlich der U. S. P. gar nichts weiter übrig, als eine vierte Internationale zu gründen, in der allerdings nur Deutsche vertreten sein würden, weil es solche Querköpfe, wie unsere Unabhängigen, nirgends sonst in der Welt mehr gibt.

Die Reichstagsneuwahlen in Dänemark.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Sobald die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark erledigt sein wird, sollen die Neuwahlen zum dänischen Folkething stattfinden. „Sozialdemokraten" glaubt, daß es schon im Oktober zur Wahl kommen wird, und stellt bei dieser Gelegenheit fest, daß die sozialdemokratische Partei dem Beschluß des Parteikongresses entsprach und das Wahlbündnis mit der radikalen Linken nicht zu erneuern beabsichtigt.

Die Schweizer Partei und die dritte Internationale.

Aus [illegible] wird dem „B. T." depeschiert: Der mit Zweidrittelmehrheit gefaßte Beschluß des Parteitages in Basel, der dritten Internationale beizutreten, wird einer Urabstimmung in der gesamten Arbeiterschaft der Schweiz unterworfen werden. Diese Nachprüfung ist mit der Hälfte der Stimmen der anwesenden Vertreter beschlossen worden. Ob die Mehrheit der Arbeiterschaft den [illegible] folgen wird, erscheint noch zweifelhaft. Sämtliche erfahrenen und angesehenen Parteimänner sind Gegner des Beitritts. [illegible] Gewalt, Diktatur und Revolution. [illegible] Das Programm der Anhänger der dritten Internationale sei [illegible] Korjalion.

Ein verständiges Urteil.

Die auf dem linken Flügel der N. S. P. stehende „[illegible] Volkszeitung" bespricht in einem längeren Artikel die Reichsabgabenordnung und sagt u. a.: „Die Steuerhoheit der Bundesstaaten war das eigentliche Merkmal ihrer Selbständigkeit. Nun sie ihnen genommen wird und zugleich auch die Verwaltung der Eisenbahnen, wird das Fundament ihrer Existenz stark verschmälert und fallen verschiedene Stützpunkte, an denen sich partikularistische Interessen [illegible] konnten. Deshalb ist die Verabschiedung dieses Gesetzes ein bedeutsamer Akt, der auf die Entwickelung der deutschen Republik von größerem Einfluß sein kann, als das große Paragraphenwerk der Verfassung. Auch hier zeigt sich wieder, daß es die wirtschaftlichen Verhältnisse sind, die die politischen bedingen, die dem staatlichen Gebäude Grundriß und Aufriß vorschreiben."

Lokales.

Vorschläge für die Organisation des Gesundheitswesens im zukünftigen Freistaat Danzig.

Der Danziger Aerzte-Verein hat vor einiger Zeit zur Vorbereitung der Ausgestaltung des Gesundheitswesens im zukünftigen Freistaat Danzig eine Kommission von 9 Aerzten ernannt.

Nachdem diese Kommission sich in mehreren Sitzungen über die ihr erforderlich erscheinende Organisation des gesamten Gesundheitswesens schlüssig geworden war, hat sie ihre Ansichten in einem Programm dem Vorsitzenden des Verfassungs-Ausschusses, Herrn Oberbürgermeister Sahm, unterbreitet mit der Bitte, zu den Beratungen hierüber einzelne Mitglieder der Kommission hinzuzuziehen.

An die Spitze und als Leiter des zu einer selbständigen Behörde auszubauenden Gesundheitsamts soll mit Rücksicht auf die außerordentliche Wichtigkeit dieser Einrichtung ein Arzt berufen werden, der in dem zukünftigen Verwaltungskörper des Freistaats-Senats nicht einem juristischen oder verwaltungstechnischen Senator unterstellt, sondern diesen gleichgestellt sein soll, wie es bisher im Magistrat der Stadtschulrat oder Stadtbaurat bereits gewesen ist. — In dem dem Verfassungs-Ausschuß vorgelegten Programm sind zunächst nach Aufzählung aller von staatlicher, provinzieller, Vereins- und privater Seite unterhaltenen medizinischen und hygienischen Anstalten und Einrichtungen diejenigen aufgeführt, die im Freistaat erhalten bleiben oder, soweit sie in den an Polen abzutretenden Gebieten liegen, hier neu errichtet werden müssen. Unter der ersten sei hier nur mit Rücksicht auf die für die Zukunft erhöhte Gefahr der Einschleppung schwerer Seuchen, wie Cholera, Flecktyphus, womöglich Pest, als besonders wichtig ein von einem Bakteriologen geleitetes Medizinal-Untersuchungsamt und eine Quarantänestation genannt. Von letzteren sei an die Notwendigkeit einer Irrenanstalt erinnert. Die drei der Provinzial-Verwaltung gehörenden Anstalten liegen sämtlich außerhalb des zukünftigen Freistaats-Gebietes. — Die selbständige Medizinal-Behörde soll nach den Vorschlägen der Aerzte-Kommission in zwei Abteilungen zerfallen, eine für öffentliche Hygiene und eine für soziale Wohlfahrt, von denen die erstere von den bisherigen Kreisärzten, die letztere von dem Leiter der ganzen Behörde verwaltet wird.

Bei ihren sämtlichen Vorschlägen ist sich die Kommission der sehr starken Belastung des zukünftigen Steuersäckels bewußt gewesen und hat hierauf gebührende Rücksicht genommen. Die bisherigen zwei Kreisärzte, einer für die Stadt und einer für das Land, werden später durch die ihnen obliegende Tätigkeit ebenso voll bestätigt sein, wie bisher. Der jetzt noch gleichzeitig als Hafenarzt funktionierende Kreisassistenzarzt wird bei dem zu erwartenden starken Seeverkehr voraussichtlich auch nicht entbehrt werden können. Wenn mit der Einsetzung eines obersten Medizinalbeamten eine neue Stelle und damit eine vermehrte Ausgabe verbunden zu sein scheint, so ist dieses tatsächlich nur scheinbar und wäre für die Dauer nicht zu umgehen gewesen. Abgesehen davon, daß im Westen bisher schon eine Reihe von Kreisen neben den Kreisärzten für die Wohlfahrtsämter besondere Fürsorgeärzte angestellt hat und die großen Städte immer mehr dazu übergegangen sind, sich eigene Stadtarztstellen zu schaffen, würde auch Danzig über kurz oder lang ohne einen besonderen Stadtarzt nicht ausgekommen sein. Dieser soll nun nach den Vorschlägen der Kommission neben der Leitung der selbständigen Behörde die Abteilung für soziale Fürsorge übernehmen.

Die soziale Fürsorge, dieser moderne Teil der gesamten Hygiene, der im letzten Jahrzehnt einen besonderen Ausbau erfahren hat, bedarf gerade jetzt nach den Verheerungen des Krieges mit der die Volksgesundheit schädigenden Folgezuständen der erheblichen Zunahme der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, die ihrerseits wiederum die Hauptursache des Geburten-Rückganges darstellen, eine vermehrte Aufmerksamkeit. Eine Uebersicht über das ausgedehnte Arbeitsgebiet des Wohlfahrtsamtes gibt das nachstehend ausgeführte, von der Kommission aufgestellte Programm.

In der Eingabe an den Verfassungs-Ausschuß sind noch einzelne Wünsche der Aerzteschaft betreffend Anerkennung der ärztlichen Approbation, Schaffung einer Aerztekammer, Prüfung und Anerkennung des männlichen und weiblichen Pflegepersonals u. a. m. vorgetragen. — Nachfolgend werden als Auszug aus dem Programm zunächst die Anstalten und Einrichtungen aufgeführt, die der Freistaat außer allgemeinen Krankenhäusern für seine Einwohner bedarf:

1. Medizinal-Untersuchungsamt. 2. Quarantäne-Anstalt. 3. Hebeammenlehranstalt. 4. Blindenanstalt. 5. Irrenanstalt. 6. Taubstummenanstalt. 7. Genesungsheim. 8. Tuberkulose-Fürsorgestelle. 9. Beratungsstellen für Geschlechtskranke. 10. Mütterberatungsstelle. 11. Säuglingsheim und Beratungsstelle. 12. Krüppelheim.

Die Organisation des Gesundheitswesens sieht eine selbständige Behörde für Gesundheitspflege und allgemeine Wohlfahrt mit einem Arzt an der Spitze vor und gliedert sich in zwei Abteilungen: 1. für öffentliche Hygiene und 2. für soziale Fürsorge.

Abteilung 1 für öffentliche Hygiene unter Leitung der Kreisärzte umfaßt: Seuchenbekämpfung, Desinfektion, Impfung, Gewerbe-Hygiene, Beaufsichtigung der Heimarbeit; Wasserversorgung, Kanalisation, Bäder, Beseitigung der Abfallstoffe, Wohnungshygiene, Siedlungswesen, Milch- und Lebensmittelkontrolle, Schlachthöfe; obligatorische Leichenschau, Friedhöfe, Krematorium, gerichtliche Medizin, Gefängnisse; Unfall- und Rettungswesen, erste Hilfeleistung, Beaufsichtigung von Krankenhäusern, Waisenhäusern, Privatkliniken, Konzessionierung derselben; ärztliche Untersuchung der Prostituierten. Prüfung und Beaufsichtigung des männlichen und weiblichen Pflegepersonals, der Fürsorgerinnen, Desinfektoren, Hebeammen. Aufsicht über Apotheken und Drogenhandlungen.

Abteilung 2 Wohlfahrtsamt unter Leitung des obersten Medizinalbeamten umfaßt hygienische, ethische und wirtschaftliche Fürsorge. a) Jugendfürsorge: Säuglinge, vorschulpflichtige Kinder, Berufsberatung. Praktische Einrichtungen: Milchversorgung, Krippen, Ammenvermittelung, Pflegestellenvermittelung, Stillprämie, Berufsvormundschaft, Kindergärten, Schulärzte und Schulpflegerinnen, Krüppelfürsorge, Laubenkolonien, Ferienkolonien, Spielplätze, Unterricht in Hygiene, Unterricht in Säuglingspflege und Ernährung in Mädchenschulen. b) Kriegsbeschädigten-Fürsorge. c) Tuberkulose-Bekämpfung. d) Beratung der Geschlechtskranken. e) Alkoholfürsorgestellen. f) Versicherungswesen. g) Krankheitsstatistik.

Gegen die Luxuswohnungen der Bourgeoisie.

Die Obdachlosigkeit hat einen ungeheuren Umfang angenommen. Wer das seltene Glück hat, irgendeine Wohnung zu finden, muß jeden Preis zahlen und sich mit jedem Loch begnügen. Trotzdem haben reiche Leute noch immer ein Uebermaß von Räumen; ganze [illegible] winzigen Familien. Achtzimmerwohnungen [illegible] aus vornehmen Kreisen zur Verfügung [illegible] der Luxuswohnungen der Reichen nicht [illegible] nur einem großen Teil der Obdachlosen ein Unterkommen [illegible]. Aber jedem, dem geholfen werden kann, muß auch geholfen werden. Wo immer Räume zur Verfügung stehen, müssen sie Obdachlosen überlassen werden, auch wenn Kapitalisten dadurch [illegible]

Beilage zur Volkswacht

Nr. 198 | Donnerstag, den 28. August 1919 | 19. Jahrgang

Die Amnestie für die Reichsbeamten.

Von Willy Steinkopf, M. d. N.

Das Weihnachtsgeschenk der Revolution an das deutsche Volk war eine umfassende Amnestierung der von militärischen und bürgerlichen Gerichten verhängten Strafen.

Es war selbstverständlich, daß dieses großherzige Geschenk auch auf die Beamtenwelt, die bekanntlich besonderen Disziplinarstrafbestimmungen unterworfen ist und im Falle einer gerichtlichen Bestrafung noch den zweiten Tod der Disziplinarbestrafung sterben muß, nicht ohne Rückwirkung bleiben konnte.

Tatsächlich ist denn auch am 16. Februar von den preußischen Volksbeauftragten eine Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen worden, die in Anlehnung an die Amnestieverordnung vom 3. Dezember 1918 die Amnestierung einer Reihe von Disziplinarstrafen ausspricht.

Viel Freude vermochte diese Amnestie jedoch nicht zu verbreiten, weil sie materiell und auch zeitlich recht eng begrenzt war. So wurden die Hauptdisziplinarstrafen, wie Zwangsversetzung, Dienstentlassung, Amtsverlust usw. ohne jede sachliche Prüfung von vornherein ausgeschlossen. Ebensowenig wurden diejenigen Verfahren niedergeschlagen, die mit dem Ziel auf eine dieser Hauptdisziplinarstrafen eingeleitet waren.

Wer die Verhältnisse kennt und weiß, wie leicht es im alten Obrigkeitsstaat gewesen ist, einem Beamten ein Disziplinarverfahren mit einem der erwähnten Ziele auf den Hals zu hetzen, der wird zugeben müssen, daß die Ausschließung dieser Verfahren ohne jede Nachprüfung der Ursachen hartherzig war. Es sei nur an jene Verfahren erinnert, die auf Grund der berüchtigten Kautschukparagraphen — § 2 im Preuß. Disziplinargesetz und § 10 im Reichsbeamtengesetz — eingeleitet worden sind. Hoffentlich werden diese Bestimmungen, die davon sprechen, daß jeder Beamte in und außerhalb des Dienstes der Achtung, die sein Beruf erfordert, sich würdig zu zeigen hat, und mit denen der schlimmsten Willkür und Schikane Tor und Tür geöffnet war, bald durch andere ersetzt werden. Die neuen Bestimmungen müssen klipp und klar zum Ausdruck bringen, wodurch der Beamte die Achtung seines Berufes verletzt, durch welche Handlungen oder Unterlassungen er sich unwürdig macht, noch weiter ein mit dem öffentlichen Vertrauen ausgestatteter Diener der Allgemeinheit zu sein.

Es setzten denn auch bald Bestrebungen ein die dahin gingen, die automatische Uebernahme der Amnestie für die preußischen Beamten auf das Reich zu verhindern. Mit Recht wies man auf das schreiende Unrecht in jenen Fällen hin, in denen einem gerichtlich verurteilten Beamten zwar die gerichtliche Strafe erlassen war, er aber trotzdem seines Amtes enthoben wurde. Eine sonderbare Auffassung der Amnestie zeigten auch die Fälle, in denen der gerichtlich verurteilte Beamte zwar zuerst entlassen, dann aber infolge der Amnestie wieder in den Dienst eingestellt wurde — als Dienstanfänger. Durch diese Handhabung wurde das, was eine Wohltat darstellen sollte, in das Gegenteil verkehrt. Die geschenkte, vielleicht geringe gerichtliche Strafe wurde hierdurch in eine lebenslängliche Geldstrafe von außerordentlicher Höhe umgewandelt, die nach der bisherigen Uebung nie mehr erlassen wird. Man vergegenwärtige sich, was es z. B. für einen Beamten, der schon 40 Jahre im Dienst stand und das Höchstgehalt bezog, heißt, wieder mit dem Anfangsgehalt von vorne anzufangen. Abgesehen davon, daß er infolge seines vorgeschrittenen Alters nicht mehr in die Lage kommt, das Höchstgehalt jemals wieder zu erreichen, gehen für ihn und seine Angehörigen die durch Pflichttreue und kärgliches Gehalt mühsam erworbenen Ansprüche auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge aus dem schon einmal erreichten Höchstgehalt und der langen Dienstzeit verloren. Ein Umstand, der bei der Invaliden-, Alters-, Angestellten- usw. -versicherung nicht in Erscheinung tritt.

Es ist schon richtig, daß in einem dem Sozialismus zustrebenden Staat das Beamtentum von unsauberen Elementen noch reiner gehalten werden muß als es bisher der Fall war. Dies ist ein dringendes Erfordernis, wenn das angestrebte Ziel, das Vertrauen der Massen zu den Behörden und Beamten zu stärken und gutes wechselseitiges Einvernehmen herzustellen, erreicht werden soll. Doch läßt es sich nicht verkennen, daß in einer durch den Krieg hervorgerufenen unseligen Zeit allgemeiner Begriffsverwirrung, in der neben unaussprechlicher Not und tiefstem Elend die schlechtesten menschlichen Leidenschaften Orgien feiern, so mancher brave Beamte das Opfer einer Verlockung oder Verführung geworden ist, ohne daß man ihn deshalb schlechthin als Verbrecher bezeichnen kann. Diese Beamten nun, wenn ihr Vergehen eine mildere Beurteilung zuläßt, trotz dem Erlaß der gerichtlichen Strafe durch eine disziplinarische Maßnahme vielleicht ihr Leben lang so schwer zu treffen, wie es geschildert wurde, kann nicht im Sinne der Volksbeauftragten beim Erlaß der Amnestie gelegen haben. Es würde auch eine äußerst harte Benachteiligung der Beamten gegenüber den anderen Volksgenossen bedeuten, was kaum beabsichtigt gewesen sein dürfte.

Die Bemühungen, für die Reichsbeamten eine erweiterte Amnestie zu erlangen, waren hauptsächlich darauf gerichtet, daß auch bei Eigentumsvergehen von der Durchführung des Disziplinarverfahrens abgesehen werden sollte, wenn es sich um einen Einzelfall handelte und der Tat nicht lediglich gewinnsüchtige Motive zugrunde lagen. Es müßte in der Amnestie auch klar zum Ausdruck kommen, daß ein Disziplinarverfahren gegen gerichtlich verurteilte Beamte, denen die Strafen durch die militärische und bürgerliche Amnestie erlassen worden sind, nur in ganz besonders schwerwiegenden Fällen eingeleitet werden darf. Diese Fälle sind möglichst genau zu bezeichnen.

Ferner wird die Amnestie aussprechen müssen, daß, wenn einem Beamten infolge des Erlasses der gerichtlichen Strafe sein Amt wieder übertragen wird, er dieses auch mit allen bisherigen Rechten wieder einzunehmen hat. Schließlich muß eine Möglichkeit geschaffen werden, überhaupt alle schwebenden Verfahren auf ihre Ursachen hin zu prüfen und in geeigneten Fällen, deren Kreis nicht zu eng zu fassen ist, niederzuschlagen.

Wie gesagt, wurde die Amnestie für die Disziplinarstrafen der preußischen Beamten im Februar erlassen. Seither ist ein halbes Jahr ins Land gegangen. Noch immer warten die Reichsbeamten vergeblich.

Es verlautete anfangs April, daß die sehnlichst erwartete Amnestie kurz vor dem Abschluß stehe, und daß sich auch das Kabinett schon mit ihr befaßt habe. Seither ist alles still geworden. Hat man sich nicht einigen können? Wo liegen die Hindernisse? Böse Zungen behaupten, daß es wieder einmal Preußen sei, welches dem Erlaß einer weitergehenden Amnestie als der preußischen den entschiedensten Widerstand entgegensetzt. Offenbar fürchtet die preußische Regierung, daß eine großherzige Amnestie im Reich die Erweiterung ihres Straferlasses nach sich ziehen würde, und dies ihrem Prestige schaden könnte.

Wann wird das ewig zu weitgehende Rücksichtnehmen der Reichsregierung auf Preußen endlich aufhören? Seitens der preußischen Regierung hat man von einer solchen Rücksichtnahme auf das Reich bisher herzlich wenig gehört.

Die Gerechtigkeit gebietet, daß die so lang verzögerte Amnestie für die Reichsbeamten mit möglichster Beschleunigung das Licht der Welt erblickt. Möge sie so werden, daß man den Tag ihres Erscheinens segnen kann. Die Nationalversammlung wird ihre Zustimmung nicht versagen. —

Wahlordnung der Arbeiterräte.

In Ausführung des vom zweiten Rätekongreß erteilten Auftrages hat der Zentralrat die nachstehende Wahlordnung beschlossen:

Wahlgebiet.

1. In jedem wirtschaftlich und politisch selbständigen Gebiet sind Arbeiterräte zu wählen.

2. Als wirtschaftlich und politisch selbständige Gebiete im Sinne dieser Wahlordnung gelten die Stadt- und Landkreise in Preußen bezw. die entsprechenden Verwaltungsgebiete in den außerpreußischen Ländern.

Im Einvernehmen mit dem Vollzugsausschuß der Arbeiterräte im Kreise können der Kreisverwaltung unterstehende größere Orte sowie Bezirke, die wirtschaftlich zusammengehörende Orte umfassen, als selbständige Wahlgebiete bestimmt werden.

Wahlkörper.

3. Die Räte gehen aus Wahlen hervor, die betriebsweise, d. h. nach einzelnen Betrieben oder nach berufsweise zusammengelegten Betrieben erfolgen.

4. Vorübergehend Arbeitslose und Invaliden der Arbeit werden, nach Berufen (Gewerben) gegliedert, Wahlkörpern ihres Gewerbes zugeteilt.

Wahlrecht.

5. Wahlberechtigt sind alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Männer und Frauen sowie die Invaliden der Arbeit und vorübergehend Arbeitslose, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

6. Wählbar sind alle dem Wahlkörper als Wahlberechtigte angehörenden Männer und Frauen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben.

7. Auf 1000 Wahlberechtigte entfällt ein Vertreter.

In jedem Wahlkörper müssen soviel Wahlberechtigte vorhanden sein, daß mindestens 3 Vertreter gewählt werden können.

Bei Wahlkörpern, in denen das volle Tausend Wahlberechtigter um mindestens 500 überschritten wird, entfällt auf diese, das volle Tausend überschreitende Zahl ein weiterer Vertreter.

Wahlsystem.

8. Die Wahl ist geheim, sie findet nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt.

Wahlvorschläge müssen mindestens von 25 dem Wahlkörper angehörenden Wahlberechtigten unterschrieben sein.

Wahlhandlung.

9. Die Wahl findet, wenn der Wahlkörper nur einen Betrieb umfaßt, im Betriebe, wenn der Wahlkörper mehrere Betriebe umfaßt, in einem der den Wahlkörper bildenden Betriebe oder in sonstigen innerhalb des Wahlgebiets liegenden Wahlräumen statt.

10. In Bezirken, die ein Wahlgebiet bilden, kann die Wahlhandlung an einem Ort, aber auch in den einzelnen Orten des Bezirks in Wahlräumen während einer bestimmten Zeitdauer vorgenommen werden.

Germinal.

Roman von Emile Zola.

123) (Fortsetzung.)

Die erste Sorge Négrels war, Herrn Hennebeau holen zu lassen und die Grube schließen zu wollen. Aber es war schon zu spät; die Köhler, die — wie von dem Krachen der Verzimmerung verfolgt — nach dem Dorfe der Zweihundertvierzig gerannt waren, hatten schon die Familien in Schrecken gejagt; ganze Scharen von Weibern, Greisen und Kindern liefen schreiend und jammernd herbei. Man mußte sie zurückdrängen; eine Reihe von Aufsehern wurde beauftragt, sie zurückzuhalten, damit sie die Rettungsarbeiten nicht stören. Viele der Arbeiter, die heraufgeholt worden, blieben da, ganz blöde, ohne daran zu denken ihre Kleider zu wechseln, durch einen Bann des Entsetzens festgehalten vor diesem furchtbaren Loche, in dem sie fast geblieben wären. Die Weiber umstanden sie flehend und fragten nach den Namen. War der unten, und der, und jener? Aber sie wußten nicht; sie stammelten nur und machten sinnlose Geberden, als wollten sie damit eine immer wiederkehrende, furchtbare Vision verscheuchen. Die Menge wuchs rapid an; auf den Straßen stieg ein furchtbares Gejammer auf. Und oben, auf dem Abraumhügel, in der Hütte des alten Bonnemort, saß Souvarine auf der Erde. Er hatte sich nicht entfernt; er wartete und schaute.

„Die Namen! die Namen!" riefen die Weiber mit von Tränen erstickter Stimme.

Négrel erschien einen Augenblick und rief:

„Sobald wir die Namen wissen, werden wir sie bekanntgeben! Noch ist nichts verloren; Alle werden gerettet werden . . . Ich fahre ein."

Die Menge wartete nun in stummer Angst. In der Tat schickte sich der Ingenieur mit ruhigem Mute zur Einfahrt an. Er hatte die Schale loshaken lassen und den Befehl gegeben, statt derselben eine Tonne an das Seil zu hängen; und da er vermutete, daß das Wasser seine Lampe auslöschen werde, befahl er, daß unterhalb der Tonne eine zweite angebracht werde, die durch die Tonne geschützt sein würde.

Bleich und zitternd halfen mehrere Aufseher bei diesen Vorbereitungen.

„Dansaert, Sie werden mit mir einfahren", gebot Négrel kurz.

Dann, als er Alle so mutlos sah, als er sah, wie der Oberaufseher entsetzt wankte, schob er ihn mit einer verächtlichen Geberde zur Seite.

„Nein, Sie wären mir nur im Wege . . . Ich will lieber allein sein."

Schon stand er in dem engen Kübel, der am Ende des Seiles schwankte. Mit der einen Hand die Lampe haltend, mit der anderen die Signalleine ergreifend, rief er dem Maschinisten zu:

„Langsam!"

Die Fördermaschine setzte sich in Bewegung; Négrel verschwand in dem Abgrunde, aus dem noch immer das Geheul der Unglücklichen heraufdrönte.

In der Höhe war alles in Ordnung; er konstatierte, daß die obere Verzimmerung sich in gutem Zustande befinde. Im Schachte hin und her geschaukelt drehte er sich nach allen Seiten und beleuchtete die Wände; das Sickerwasser zwischen den Rissen war so spärlich, daß seine Lampe nicht darunter litt. Aber, als er in einer Tiefe von dreihundert Metern bei der unteren Verholzung ankam, erlosch sie, wie er es vorhergesehen; ein Wasserstrahl hatte den Kübel gefüllt. Und nun sah er nur bei dem Scheine der an dem Kübel hängenden Lampe, die ihm in der Finsternis vorausging. Angesichts des furchtbaren Unglücks erbleichte und erschauerte der sonst so kühne Mann. Nur einige Stücke Holz waren geblieben, die übrigen waren mit ihren Rahmen hinabgestürzt; dahinter gab es riesige Höhlen, der feine gelbe Flugsand ergoß sich in bedeutenden Massen, während die Wässer des unterirdischen Meeres — dieses Meeres mit seinen der Oberwelt unbekannten Stürmen und Schiffbrüchen — in breiten Strömen, wie aus einer Schleuse, hinabstürzten. Er stieg noch tiefer hinab, verloren inmitten dieser sich noch immer vermehrenden Höhlen, gepeitscht und im Kreise gedreht durch den Wassersturz, so schlecht beleuchtet durch das einem roten Stern gleichende Lampenlicht, das unter ihm hinabglitt, daß er in der Ferne, im Spiel der großen, beweglichen Schatten Straßen und Wegkreuzungen einer zerstörten Stadt wahrzunehmen glaubte. Da war keine menschliche Arbeit mehr möglich. Er bewahrte nur noch eine Hoffnung: die gefährdeten Menschen da unten retten zu können. In dem Maße, als er tiefer hinabstieg, hörte er das Geheul anwachsen. Und er mußte Halt machen, ein unübersteigliches Hindernis verrammelte den Schacht, eine Anhäufung von gebrochenen Pfosten und Brettern, die geborstenen Holzwände des Schachtes, wirr durcheinander gemengt mit Resten der Pumpenleitung. Als er beklommenen Herzens dieses grauenhafte Wirrsal lange betrachtete, verstummte mit einem Male das Geheul da unten. Ohne Zweifel waren die Unglücklichen vor dem rapid anwachsenden Wasser in die Gallerien geflohen, wenn das Wasser ihnen nicht schon in den Mund gedrungen war.

Er mußte sich entschließen, das Signal zur Auffahrt zu geben. Dann ließ er wieder Halt machen. Er befand sich unter dem betäubenden Eindruck dieses plötzlichen Unglücks, dessen Ursache er nicht begreifen konnte. Er wollte sich Aufklärung verschaffen und untersuchte die wenigen Stücke der Verzimmerung, die noch hielten. Zu seiner Ueberraschung fand er Risse und Einschnitte, die sich in bestimmten Zwischenräumen wiederholten. Da sein Lämpchen in der riesigen Nässe zu erlöschen drohte, tastete er mit den Fingern und erkannte genau die Spuren der Säge und des Bohrers, ein niederträchtiges Zerstörungswerk. Augenscheinlich war diese Katastrophe mit Absicht herbeigeführt worden. Er war wie versteinert; da krachten die Hölzer, der letzte Rest stürzte samt der Rahmen hinab, ihn selbst mitzureißen drohend. Da war sein Mut zu Ende. Seine Haare sträubten sich, wenn er an den Menschen dachte, der dies verübt; er erschauerte in der andächtigen Furcht vor dem Bösen, als ob der Mensch mit seiner unheimlichen Gewalt noch da wäre, in dem finstren Schlunde, um seine ungeheuerliche Missetat zu vollenden. Er schrie auf, riß mit wütender Hand an der Signalleine. Es war übrigens hohe Zeit, denn er sah hundert Meter höher, daß auch die obere Verzimmerung in Bewegung geraten war; die Fugen öffneten sich, das geteerte Werg fiel heraus, das Wasser brach hervor. Es war nur mehr die Frage einer Stunde, daß die ganze Verzimmerung des Schachtes in Trümmer gehen würde.

Oben ward Négrel von dem auf das Aeußerste beängstigten Herrn Hennebeau erwartet.

„Nun, was ists?" fragte er.

Doch der Ingenieur blieb stumm, seine Kräfte drohten ihn zu verlassen.

„Es ist nicht möglich! . . . Man hat dergleichen nie gesehen! Hast du untersucht? . . ."

Er nickte ja und warf dabei mißtrauische Blicke nach allen Seiten. Er wollte in Gegenwart der Aufseher, die zuhörten keine Erklärungen geben und führte den Oheim zehn Meter weit beiseite. Dies schien ihm noch nicht fern genug und er wich noch mehr zurück. Dann erzählte er ihm sehr leise, ins Ohr geflüstert, den Anschlag, wie die Planken durchbohrt und durchsägt, die Grube abgeschlachtet worden, daß sie in den letzten Zügen lag. Der Direktor war bleich geworden und dämpfte gleichfalls die Stimme, in dem instinktiven Bedürfnisse, mit dem von großen Ausschweifungen und großen Verbrechen nur in aller Stille gesprochen wird. Es war nicht nötig, vor den zehntausend Arbeitern von Montsou Furcht zu zeigen; man wird später sehen, was zu tun sei. Und sie fuhren fort zu flüstern, niedergeschmettert von dem Gedanken, daß ein Mensch den Mut gefunden habe da hinabzusteigen, wo er sozusagen in der Luft hing, und zwanzigmal sein Leben zu wagen, um dieses furchtbare Werk zu verrichten. Sie begriffen nicht diese Tollkühnheit in der Zerstörung; sie wollten an das Offenkundige nicht glauben, wie man an den Schilderungen zweifelt, die von berühmten Ausfällen aus belagerten Städten erzählen, oder von der Flucht von Gefangenen, die durch ein dreißig Meter hoch gelegenes Fenster entkommen sind.

(Fortsetzung folgt.)

Oertliche Arbeiterräte.

11. In Orten, in denen nach der [illegible] Wahlordnung keine oder weniger als [illegible] Arbeiterräte [illegible] lassen, unter Beteiligung von [illegible] Kreises, durch örtliche Wahlen Arbeiterräte bis zur Höchstzahl von 5 Mitgliedern zur Erledigung örtlicher Aufgaben gewählt bezw. hinzugewählt werden.

Diese Arbeiterräte können von dem Vollzugsausschuß des Kreises für die Aufgaben des Kreises mit herangezogen werden.

In diesen Orten soll die Wahl möglichst berufsweise, wobei ähnliche und verwandte Berufe zusammengefaßt sind, vorgenommen werden.

Wahlberechtigt zu diesen örtlichen Wahlen sind alle 18 Jahre, wählbar alle 21 Jahre alten erwerbsfähigen gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Männer und Frauen, sowie Invaliden der Arbeit und vorübergehend Arbeitslose.

Organisationsstatut.

1. Oertliche Obleute bezw. Vollzugsausschüsse.

Die Arbeiterräte jedes Ortes wählen einen Obmann, in größeren Orten einen Vollzugsausschuß.

Der Vollzugsausschuß soll in der Regel, auch in den großen Städten, die Zahl von 11 Mitgliedern nicht überschreiten.

2. Vollzugsausschüsse der Kreise.

Der Vollzugsausschuß des Kreises ist die oberste Instanz für die Arbeiterräte des Kreises bezw. der entsprechenden Verwaltungsgebiete in den nichtpreußischen Ländern.

Die Wahl ist geheim und findet auf Grund des Verhältniswahlsystems in Versammlungen der Arbeiterräte der Wahlgebiete des Kreises statt.

Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

3. Vollzugsausschüsse der Bezirke.

Der Vollzugsausschuß des Bezirkes ist die oberste Instanz für die Arbeiterräte des Regierungsbezirks bezw. des entsprechenden Verwaltungsgebiets in den nichtpreußischen Ländern.

Die Wahl ist geheim und findet auf Grund des Verhältniswahlsystems in Versammlungen der Arbeiterräte des Regierungsbezirks statt.

Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

4. Vollzugsausschüsse der Provinzen bezw. Landesausschüsse in den nichtpreußischen Ländern.

Der Vollzugsausschuß der Provinz (bezw. der Landesausschuß in den nichtpreußischen Ländern) ist die oberste Instanz der Provinz bezw. der nichtpreußischen Länder.

Die Wahl ist geheim und findet auf Grund des Verhältniswahlsystems in Versammlungen der Arbeiterräte der Provinzen bezw. der nichtpreußischen Länder statt.

Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

Der Zentralrat.

Der Zentralrat ist die oberste Instanz aller Arbeiterräte der deutschen Republik.

Seine Wahl findet auf einem allgemeinen Rätekongreß statt. Der Rätekongreß wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl von den auf Grund der Wahlordnung gewählten Arbeiterräten in der Weise beschickt, daß auf eine bestimmte vom Zentralrat festzusetzende Zahl der Bevölkerung je ein Vertreter entfällt.

Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

Die Neuwahl von Arbeiterräten auf Grund der Wahlordnung des Zentralrats richtet sich nicht gegen die Reichsverfassung bezw. gegen die seitens der Reichsregierung zu treffenden Maßnahmen zur Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung. Die neugewählten Arbeiterräte sind berufen, eine Brücke zwischen dem gegenwärtigen und dem zu erwartenden verfassungsmäßigen Zustand auf dem Gebiet der Räteorganisation zu bilden.

Zentralrat der deutschen Arbeiterräte.

gez. Cohen. gez. Faaß.

Gewerkschaftliches.

Organisation der deutschen Kriminalbeamten.

Im Anschluß an die [illegible] der Polizeibeamten [illegible] die Gründung des Verbandes der Kriminalbeamten Deutschlands zustande. Außer den beiden Berliner Vereinigungen der Kriminalbezirkskommissare und der Kriminalwachtmeister mit etwa 1000 Mitgliedern, traten ihm bereits 30 Ortsvereine mit 2000 Mitgliedern bei. Die Schaffung des Verbandes hat besonders einen alten Wunsch der Kriminalbeamten in der Provinz erfüllt. Seine Hauptaufgabe sieht der Verband außer in Wohlfahrtseinrichtungen, in der Hebung des ganzen Berufsstandes und der Erreichung besserer Würdigung der Kriminalarbeit. Als Verbandszeitung erscheint „Die Kriminalpolizei". Werbematerial ist vom Verbandsvorsitzenden, Kriminalwachtmeister Bareck in Berlin, Polizeipräsidium, Abteilung 21, zu beziehen.

Kaufmännische Angestellte, hört!

Die bürgerlichen Organisationen der Angestellten, wie der Kaufmännische Verein von 1858, der Verein der Deutschen Kaufleute, der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband usw. wissen, daß ein großer Teil ihrer Mitglieder innerlich längst mit den Harmonieverbänden gebrochen hat. Daher versuchen sie in geradezu gegen die guten Sitten verstoßender Art und Weise die Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen, die ihnen freiwillig nicht mehr angehören wollen, durch die schärfsten Zwangsbestimmungen zu fesseln. Die Statuten der genannten Verbände gestatten den Mitgliedern nur einmal im Jahre zu kündigen, und zwar zum 1. Januar. Die Kündigungen müssen aber bis spätestens am 30. September in den Händen der Verwaltungen sein. Druck erzeugt Gegendruck. Nun erst recht heraus aus den Verbänden der Harmonie! Das muß die Parole aller denkenden Kollegen und Kolleginnen sein. Wehe der Organisation, die sich nicht auf die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft verlassen kann, sondern zu Satzungsbestimmungen wie die oben wiedergegebene greifen muß! Versäume niemand den Austrittstermin! Nicht bis zum letzten Tage warten, sondern rechtzeitig die Austrittserklärung absenden. Der Monat September soll den Leitern der gelben Verbände zeigen, daß die Angestelltenschaft es satt hat, sich von den Freunden der Arbeitgeber am Gängelbande führen zu lassen. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen sorgt dafür, daß den Kollegen und Kolleginnen die in den Harmonieverbänden erworbenen Rechte nicht verloren gehen, denn Mitgliedern andrer Handlungsgehilfenverbände, die aus diesen austreten, um sich dem Zentralverband der Handlungsgehilfen anzuschließen, wird bei Gewährung von Unterstützungen usw. die Dauer der Mitgliedschaft angerechnet. Darum hinein in den Zentralverband!

Aus der Jugendbewegung.

„Revolutionäre" Spaltungshelden.

[illegible] Spaltung in der „revolutionären Arbeiterjugend" Kiels. Nachdem die Arbeiterjugend Kiels sich schon mal gespalten hat, ist jetzt innerhalb der „unabhängigen" noch eine kommunistische Jugend gebildet worden. Statt auf eine Einigung innerhalb der Jugend hinzuarbeiten, sagt man den Arbeiterjugendvereinen den Kampf an. Es ist zum Verzweifeln, wenn man sieht, wie die linksradikale Gesellschaft daran ist, die gesamte Jugendbewegung zu zertrümmern. Statt Aufbau, wird alles niedergerissen. Ueberall, wohin man sieht, stößt man auf die unselige Spaltung. Die Arbeiterjugend hat jedenfalls den richtigen Weg eingeschlagen, sie hat erkannt, daß Parteipolitik in der Jugendbewegung und Erziehung keinen Platz haben darf.

Aus aller Welt.

Das Pferd im Fallschirm.

Ein seltsames Schauspiel hatte eine unabsehbare Menschenmenge auf das Tempelhofer Feld gelockt. Zwei Fesselballons stiegen nebeneinander langsam empor. In der Gondel des einen befanden sich Kino-Operateure mit dem Kurbelkasten, an dem andern hing statt des Korbes ein lebendes Pferd mit Herrn Viel als Reiter. In einer Höhe von 250 Metern löste sich Roß und Reiter vom [illegible] Ballon, auf einen [illegible] Schirm der [illegible] [illegible] [illegible], als die Herren [illegible], der [illegible] [illegible] [illegible] Lösung dieser [illegible] Aufgabe wagen kann, die vor bestem Gelingen gekrönt war. So schreibt die Metrofilm G. m. b. H. Berliner Blättern. —

Goldfund bei der Bergung eines Dampfers.

Aus London wird gemeldet: Bei der Bergung des Postdampfers „Laurentic", der während des U-Bootkrieges an der irischen Küste versenkt wurde, fand man Goldstücke im Werte von über 1 Million Pfund Sterling.

Doppelehe und — Geisteskrankheit.

Wegen Doppelehe hatte sich der Schlosser Karl Mayer in Berlin zu verantworten. Als Zeugen waren die beiden Ehefrauen des Angeklagten, Gertrud Mayer und Minna Meyer, geladen. Der Angeklagte hatte sich während des Krieges mit einer seiner beiden Frauen kriegstrauen lassen und als er dann auf Urlaub kam, heiratete er zum zweiten Male. — Die Handlungsweise des Angeklagten fand ihre Erklärung durch das Gutachten des als Sachverständigen vernommenen Arztes, der bekundete, daß M. als Soldat lange Zeit in Nervenheilanstalten gewesen und als geisteskrank anzusehen sei. Das Gericht sprach den Angeklagten frei.

Ein wertvoller Ring.

In London ist soeben, dem „Rappel" zufolge, ein einfacher goldener Ring um die Summe von etwa 14 000 Mk. verkauft worden. Er erzielte diesen hohen Preis weniger wegen seines künstlerischen Wertes, als wegen der mit ihm verknüpften geschichtlichen Erinnerung. Er stammt nämlich aus dem Besitz der Königin Elisabeth von England und trägt, auf der Innenseite kunstvoll eingraviert, das Profil der Frau und das ihrer Mutter, der unglücklichen Anna Boleyn, die als ein Opfer der Eifersucht ihres Gatten Heinrich VIII. auf dem Schafott starb. Der Ehrgeiz der Sammler das wertvolle Kleinod zu besitzen, ist somit begreiflich.

Der gestohlene Gobelin.

Auf Schloß Ludwigslust bei Schwerin wurde ein Gobelin im Werte von 300 000 Mark gestohlen. Schon an demselben Tage, an dem der Diebstahl nach Berlin gemeldet worden war, wurde der gestohlene Gegenstand in einem Kaffee im Westen Berlins beschlagnahmt. Auch der Dieb wurde verhaftet. Es ist ein arbeitsloser Landwirt Frithjof Wendt aus Güstrow. Um zu Geld zu gelangen, stieg er nachts in das dem ehemaligen Großherzog von Mecklenburg gehörige Schloß und stahl den wertvollen Gobelin. Vom Werte des Wandteppichs hatte der Dieb keine Ahnung und forderte 4000 Mark dafür. Er brachte ihn in das Kaffee und bat, ihn zum Verkauf gegen Provision auszustellen.

Er braucht keine Lohnerhöhung.

„Politiken" in Kopenhagen erfährt von einem eingeweihten amerikanischen Impresario, daß Caruso seine lang vorbereitete Europatournee überhaupt nicht antreten wird. Sein Menager hat im letzten Augenblick alle Verhandlungen mit Europa abgebrochen und einen Riesenkontrakt mit Australien abgeschlossen. — Am 15. August tritt Caruso ein dreimonatiges Engagement in Sydney an. Er wird dreißigmal singen und dafür 60 000 Pfund erhalten, also für eine Vorstellung 2000 Pfund. (Das sind ungefähr 170 000 Mk. nach heutiger Valuta. In Deutschland sang Caruso billiger. Vor etwa 12 Jahren erhielt er im Hoftheater zu Wiesbaden für einen Abend (Herzog im „Rigoletto") 10 000 Mark. D. Red.)

Als er wiederkam . . .

Der Ersatzreservist Saß aus Königsberg in der Neumark war vor fünf Jahren ins Feld gezogen. Im Kampfe mit den Russen verschwand er plötzlich. Das Hoffen der Angehörigen auf Nachricht war vergeblich. Er war und blieb verschollen. Als drei Jahre so verstrichen waren, ging seine Frau eine neue Ehe ein, denn der Tod des Vermißten war nun mit Bestimmtheit angenommen. Der Ersatzreservist aber war in Gefangenschaft geraten. Tief in Sibirien hinein war er gekommen, von wo aus er keine Nachricht senden konnte. Endlich war es ihm vor kurzem gelungen, die Heimreise anzutreten. Kaum über die Grenze gekommen, sandte er seiner Frau ein Telegramm. Aber er klopfte, als er eintraf, an eine fremde Tür. Die Frau lebt glücklich mit dem zweiten Mann, sie steht daher zu ihm und der so plötzlich Aufgetauchte mußte schweigend und betrübt von dannen ziehen.

Ansteckung durch die Mundhöhle (Influenza, Grippe usw.) verhütet man durch täglichen Gebrauch von Chlorodont.

Herrlich erfrischende Zahnpaste zur Erlangung blendend weisser Zähne und Beseitigung von Zahnstein. Ueberall zu haben. (1175

Feuilleton.

Ein Königsporträt.

[illegible]

Indianerlatein.

Es war zu der Zeit, als die Indianer noch auf den Kriegspfad gingen. Ein Prediger hatte sich in der Wildnis verirrt und wurde von einer Schar Rothäute abgefangen, bei denen ihn gerade kein [illegible] Schicksal erwartete. Er machte ihnen Zeichen, daß er hungrig sei, und man reichte ihm ein Stück Büffelfleisch. Zur Geschichte gehört auch, daß der Prediger ein künstliches Bein hatte, das [illegible] gearbeitet war und ihm fast so große Dienste leistete wie ein natürliches. Er setzte sich hin, um das Büffelfleisch zu essen, und nach jedem Bissen stieß er das Messer mit aller Kraft in sein Holzbein. Das imponierte natürlich den Rothäuten außerordentlich, die begannen, ihn als einen hervorragenden Zauberer anzusehen. Als er dann aber anfing, das Bein abzuschrauben und es ein paarmal herumdrehte, zeigten die Indianer Zeichen der Unruhe, und der Kreis um ihn wurde immer weiter und dünner. Das benutzte der Prediger, und es gelang ihm, auf sein Pferd zu kommen. Als er aber oben saß, hatte er die Indianer wieder um sich herum. Da begann er Anstalten zu machen, um den Kopf abzuschrauben. Das war zu viel für die Rothäute, und bald sah der Prediger, wie sie sich eiligst und erschreckt nach allen Seiten davonmachten.

Das fliegende Rad.

Der bekannte französische Radrenner Peulain hat kürzlich in Paris, wie die Blätter berichten, Versuche mit einer neuen Erfindung unternommen, die es möglich machen soll, sich mit einem Fahrrad vom Boden zu erheben, auch wenn kein Motor eingebaut ist. Mit diesem fliegenden Rad legte Peulain eine Strecke von 10 Meter in 1 Meter Höhe über dem Boden zurück. Die Flugzeugkonstrukteure [illegible], die die Anregung zu diesen Versuchen gegeben haben, werden sie fortsetzen, um das erste Ergebnis zu vervollständigen und zu [illegible], ein wirkliches „fliegendes Rad" zu bauen. — Ähnliche Versuche hat man auch schon früher unternommen, ohne aber — was ja auch ganz natürlich ist — über [illegible] hinaus zu kommen. Die menschliche Muskelkraft reicht eben nicht aus, um den eigenen Körper und dazu noch ein mit Tragflächen ausgestattetes Fahrrad in die Luft zu erheben und über größere Strecken fliegend zu erhalten.

Humor und Satire.

Michaelis. Um den früheren Reichskanzler Michaelis zu verhindern, sich seiner Verantwortlichkeit zu entziehen, hat die zu begründende parlamentarische Untersuchungskommission bereits nachstehenden Steckbrief hinter ihm erlassen:

Stirn: eisern. Augen: verdreht. Nase: nicht vorhanden. Ohren: hört nur, wie er es auffaßt. Zunge: doppelt. Größe nit vorhanden. Besondere Kennzeichen: Scheinheiligenschein. („Ulk.")

Das Bekenntnis. Bei sehr schlechtem Wetter kommt ein Ehemann müde und hungrig zum Mittagessen. Während er den ersten Löffel zum Munde führt, blickt er durch das Fenster auf den draußen niederströmenden Regen und sagt: „Das ist ja heute wieder eine trostlose Sauerei!" — „Entschuldige nur," meint seine Frau, „die Köchin ist krank geworden, und da mußte ich selbst kochen!" („Jugend.")

Wohnungsteilung. Frau von H. hatte sich den Forderungen der Zeit unterworfen und als alleinstehende Witwe zwei von ihren fünf Wohnräumen abtreten müssen.

Als Partner im Mietvertrag trat ein Junggeselle auf, und der Hausbesitzer hatte dem Vertrag die folgenden Zusätze gegeben:

„Die Küche muß dem Wohnungsteilhaber zur Verfügung stehen, auch ist das Bad gemeinsam zu benutzen." („Jugend.")

Auch das noch! „Haben Sie von dem Skandal gehört mit Heine? — Der Mann ist Minister in Preußen, Minister in Anhalt und außerdem hält er seine Rechtsanwaltpraxis in Berlin aufrecht . . .!"

„Doll! — Und denn hat er och noch 'n Text jedichtet zu Lorelei und andere Couplets!" („Lustige Blätter.")

Die boshafte Freundin. „'n bißchen schief muß ich den neuen Hut setzen, dann paßt er besser zu meiner Frisur." — „Freilich . . . . und zu deinen Absätzen."

Peinlich. Meine Kollegin schiebt ihre Stadtbahnfahrkarte, um sie immer gleich zur Hand zu haben, ein Stückchen in den Ausschnitt ihres Kleides. Neulich rutscht sie ihr ein wenig weiter hinunter. Sie greift deshalb suchend tiefer in den Ausschnitt. Da beugt sich ein Mann vertraulich zu ihr herüber und sagt: „Freilein, haben Se ihm?"

Vergnügen genommen wird, sich an ihrer Flucht von Zimmern zu ergötzen und in Prachtsälen Liebesmahle zu veranstalten.

In Berlin fängt man endlich damit an, die überflüssigen Prunkwohnungen Begüterter den Unglücklichen zur Verfügung zu stellen, denen „kein Hüsing" zu Gebote steht.

Dem Magistrat Berlins sind vom Wohnungsamt folgende Beschlüsse vorgelegt worden:

Wohnungen, die nach ihrer Beschaffenheit eine räumliche Abtrennung bestimmter Teile gestatten, werden in weitgehendstem Maße zur Verfügung gestellt. Ledige Personen können ohne weiteres in übergroße Wohnungen einquartiert werden. Ebenso können flüchtige und vertriebene Familien zwangsweise in solche Wohnungen einquartiert werden.

Der Zuzug ortsfremder Personen wird auf die Dauer eines Jahres verboten.

Nicht zum wenigsten in Danzig verdient dieserErlaß schleunigste Nacheiferung.

In eigener Sache.

In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung des Vollzugsausschusses standen zum 1. Punkt der Tagesordnung der Antrag Schröder-Kunze U. S. P. **Auflösung des Vollzugsausschusses zum 15. September** und der Antrag des „Aktionsausschusses" **sofortige Auflösung**, zur Beratung. Dieser Punkt wurde auf Antrag Arczynski mit einem weiteren, der die Neuwahl der Arbeiterräte für ganz Westpreußen vorsah, verbunden. **Nach 1½ stündiger Debatte wurde der Antrag des Aktionsausschusses einstimmig abgelehnt, abgelehnt wurde auch der Antrag der U. S. P.** Ein Antrag, die Neuwahlen der Arbeiterräte für ganz Westpreußen bis zum 1. Oktober zu tätigen, wurde gegen 1 Stimme angenommen. Durch die Annahme dieses Antrages erledigte sich der 4. Punkt der Tagesordnung — Neuwahl des Arbeiterrats in Schwetz — und erstattete nunmehr Genosse Leu den Kassenbericht der V. A. vom Beginn der Revolution bis März d. Js. Ein eingehender Bericht über die Gesamttätigkeit soll der Oeffentlichkeit nach erfolgter Neuwahl erstattet werden. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen war die Tagesordnung erledigt.

Zum „Kampf mit geistigen Waffen".

Unter diesem Titel bringt das „Freie Volk" in Nr. 197 einen Bericht über eine öffentliche Versammlung in Heubude, in welcher ich über das Thema „Die Sozialdemokratie im Freistaat Danzig" sprach. Er veranlaßt mich, etwas gründlicher auf diese Versammlung einzugehen.

Schon mehrfach habe ich in öffentlichen Versammlungen obiges Thema behandelt, so in Schidlitz und Lauenthal. In diesen beiden Versammlungen traten U. S. P.-Anhänger als Diskussionsredner auf, in Schidlitz nicht weniger wie sechs, und alle haben übereinstimmend erklärt, daß sie zum Inhalt des Vortrages nichts sagen können.

So war es auch in Heubude der Fall. Nur mit dem Unterschiede, daß hier nicht ein Unabhängiger, sondern ein Kommunist feststellen mußte, ich hätte positives Material in meinen Ausführungen verwertet.

Daß ich auf die soziale Gesetzgebung einging und diesen Zweig der Wohlfahrtspflege eingehend behandelte, versteht sich von selbst. Eine glatte Lüge ist es aber, wenn behauptet wird, ich hätte Versprechungen gemacht. Ich habe nur Wege gewiesen, in welcher Art man auch im Freistaat die sozialen Einrichtungen, die die deutsche Republik doch nun mal hat, übernehmen und ausbauen kann.

Es gehörte weiterhin zum Thema, daß ich die politischen Parteien und ihre Arbeit für die Gesamtheit gehörig unter die Lupe nahm. Hier sagte ich allerdings, daß die Kommunisten als Vertreter der Arbeiterschaft im Freistaat nicht in Frage kommen können und halte dies voll und ganz aufrecht. Wie kann eine Partei, die den Parlamentarismus grundsätzlich verwirft und auf eine Rätediktatur schwört, im Freistaat Positives für die Arbeiterschaft leisten? Oder glauben die Leutchen, daß die Entente uns eine Räteverfassung bringen wird? Ist das der Fall, dann sind sie große politische Kinder. Wir setzen bei der Arbeiterschaft keine kindischen Gedanken voraus.

Was ich über die U. S. P. sagte, war etwa folgendes. „Die Kommunisten werden ja über die U. S. P. in der Diskussion selber das Notwendige sagen. Diese Partei aber, die einmal den Parlamentarismus anerkennt, auf der andern Seite die Diktatur des Proletariats predigt, wird über kurz oder lang zwischen den beiden Parteien, Mehrheitssozialdemokratie und Spartakus, zerrieben werden. Hier sprach ich das nur aus, was führende Geister in der U. S. P., wie Kautzky, Ströbel, Herz, Nestripke und andere, schon lange sehen. Und, Hand aufs Herz, ihr Unabhängigen, fühlt ihr euch nicht schon heute von den Kommunisten bezw. Aktionsausschußlern geschoben, und dies ganz besonders hierzulande?

Daß ich nach einigen Zwischenrufen mir auch die „revolutionären Arbeiter" etwas näher betrachtete, war meine selbstverständliche Pflicht. Geben Sie der Wahrheit die Ehre und Sie werden eingestehen müssen, daß ich sagte, auch unter der U. S. P. und den Kommunisten befinden sich Personen, die schon vor dem 9. November im proletarischen Kampfe standen, daß die Mehrzahl derjenigen aber, die unentwegt „Noske, Ebert, Scheidemann, Diktatur des Proletariats, Weltrevolution" usw. schreien, Personen sind, die, als es noch ein gewisses Opfer war, in den Reihen der Sozialdemokratie zu kämpfen, feige in ihren Löchern saßen und sich von den organisierten Arbeitern die Kastanien aus dem Feuer holen ließen. Leute, die früher in gelben Organisationen oder sonstwo im Solde des Unternehmertums kämpften, der Arbeiterschaft in den Rücken fielen, haben kein moralisches Recht, von Weltrevolution oder Diktatur des Proletariats zu reden, von Dingen also, über deren Bedeutung sie bisher noch nie nachgedacht haben. Und ihr Unabhängigen, seht euch diese Gestalten an und werdet selber sagen, vorausgesetzt, daß ihr seit länger als dem 9. November 1918 Sozialdemokraten sein wollt, daß dieses zutrifft.

Als organisierter Arbeiter wies ich den Anspruch des kommunistischen Redners mit Entrüstung zurück, daß die Arbeiter für den politischen Kampf nicht reif sein brauchen. Kann ohne eine hochgebildete Arbeiterschaft sich überhaupt ein sozialistisches System halten? Bedingt die Forderung: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten" nicht ohne weiteres bei den Trägern dieser Macht tiefgründiges Wissen? Noch immer halte ich es mit dem Satze des alten Liebknecht, daß Wissen Macht ist und daß es nur der politischen Erkenntnis der Arbeiterschaft bedarf, um sich ihr Haus einzurichten im Sinne sozialistischer Weltanschauung.

Die persönlichen Angriffe auf meine Tätigkeit während des Krieges stehen zu tief, als daß sie mich erreichen könnten. Fragen Sie Ihre eigenen Genossen, soweit sie vor dem 9. November in der Gewerkschaftsarbeit standen, und sie werden Ihnen, wenn sie wahrheitsliebend sind, das Notwendige über „Arbeiterverrat" sagen können.

Sollte Ihnen das nicht genügen, würde Ihnen der Deutsche Holzarbeiterverband Zahlstelle Danzig sehr gern die Akten der Jahre 1917 und 1918 zur Verfügung stellen. Bei der gründlichen Durchsicht will ich gern behilflich sein.

Das Märchen mit dem Kriminalbeamten ist zu kindisch, als daß ernste Menschen darauf eingehen werden. Oder ist es nur der Neid, daß dieser Kriminalbeamte nicht U. S. P., sondern S. P. D. ist?

Im übrigen lehne ich es ab, noch weiter in diesen Schmutzkübeln herumzuwaten.

Wilhelm Krüger.

In den Provisions-Generalagenturen.

Der in einer hiesigen Zeitung in voriger Woche veröffentlichte „Schiedsspruch im Versicherungsgewerbe" wirkt entstellend insofern, als die Bekanntgabe nur dessen ersten Teil betrifft, der rein salomonisch aufzufassen ist. Die wichtige tatsächliche Seite, die die Ausdehnung des Reichstarifs durch die Provisions-Generalagenten als moralische Forderung voll anerkennt und dem Verhalten der Provisions-General-Agentur-Angestellten, wie der den Streik unterstützenden Direktions-Angestellten die volle Berechtigung zuspricht, liegt hingegen in dem eigentlichen Schiedsspruch:

„Der Schlichtungsausschuß erachtet es nicht für begründet, wenn die Arbeit, zu der ein Angestellter vertraglich verpflichtet ist, aus anderen als gesetzlichen Gründen verweigert wird. Die Begründung damit, daß einem Angestellten keine Streikarbeit zugemutet werden kann, entbehrt der gesetzlichen Grundlage.

Sachlich aber hält es der Schlichtungsausschuß für seine Pflicht der Direktionen der Versicherungsgesellschaften, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um zu veranlassen, daß auch bei den Provisionsgeneralagenturen gleichwertige Arbeitskräfte in gleicher Weise wie bei den Direktionen, also nach demTarif, besoldet werden.

Sollte die Erhöhung von Angestellten-Einkommen bei den Agenturen infolge dieser Verpflichtung wegen der jetzigen Provisions- und Zuschußsätze nicht ohne Weiteres erreichbar sein, so wird den Direktionen dringend empfohlen, durch entsprechende Aenderung der Provisions- und Zuschußsätze Abhilfe zu schaffen.

Maßregelungen gegen Direktions-Angestellte aus Anlaß ihres bisherigen Verhaltens in dieser Angelegenheit sollen nicht vorgenommen werden. Rechtsansprüche gegen sie aus demselben Anlaß dürfen nicht erhoben werden."

Dieser Schiedsspruch wurde durch den Schlichtungsausschuß auf Anruf des Arbeitgeberverbandes im Reichsarbeitsministerium am 21. August einstimmig gefällt.

Praktisch folgt aus diesem Schiedsspruch für die Direktions-Angestellten, wie in einer Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlung der hiesigen Ortsgruppe des Verbandes deutscher Versicherungsangestellten erklärt wurde, daß gemäß Weisung der Zentral-Streikleitung zunächst bis 31. August kein Direktions-Angestellter den Geschäftsverkehr mit bestreikten Provisionsagenturen aufnehmen darf. **Man rechnet auch mit einer längeren Streikdauer, jedenfalls weit über den 1. September hinaus, und hat von der Zentral-Streikleitung daher auch schon Anweisung zur Vorschußzahlung der Augustgehälter in die Streikenden gegeben.** Nach Lage der Verhältnisse droht der Streik hier in Danzig auch auf einige Direktions-Geschäftsstellen ausgedehnt zu werden, als Folge von Streikarbeit, die angeblich durch die betr. General-Agenten von jüngeren Angestellten erzwungen worden ist.

Einer Millionenschiebung — so meldet die „Dzg. Ztg." — ist man in Stolp auf die Spur gekommen. Vor einiger Zeit schon war in der Stadtverordnetensitzung darauf hingewiesen worden, daß im Stolper Schlachthaus große Mengen Auslands-Lebensmittel lagern, die angeblich der Eisenbahndirektion Danzig gehören sollten. Die Lebensmittel waren nach Mitteilung der Eisenbahndirektion Danzig dazu bestimmt, als Lohnzuschuß unter die Arbeiter verteilt zu werden. Die Polizei beschlagnahmte jedoch die Lebensmittel, da der Nachweis nicht erbracht war, daß sie mit Genehmigung der Reichseinfuhrstellen eingeführt worden waren. Die Untersuchung zog sich mehrere Wochen hin. Zur Zeit weilt ein Vertreter des Reichskommissars in Stolp, der die Beschlagnahme bestätigt hat, da der Kommission, die zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt worden war, der Nachweis der gesetzlichen Einfuhr nicht erbracht werden konnte.

Die Lebensmittel fallen nun an die Stadt Stolp und kommen zur Verteilung an die Bevölkerung. Im gesamten handelt es sich um: 4 Waggon Schmalz in Fässern, 5 Waggon amerikanisches Schweinefleisch, 2 Waggon beste amerikanische Fleischwurst, 2 Waggon ungebrannter Kaffee, 2 Waggon echt französischer Kognak und ein Waggon Kakao, grüne Erbsen und Seife. Das sind etwa 32 000 Ztr Ware, die mehrere Millionen Mark Wert darstellen. Die Angelegenheit dürfte noch weitere Kreise ziehen. Die Waren hat angeblich die Stolper Produktions- und Handelsgesellschaft für die Eisenbahndirektion Danzig vermittelt.

„Die Hochzeit der Maharadscha". In der Sporthalle wird Direktor Steidl aus Berlin ein Gastspiel mit seiner Gesellschaft geben. Der Geschmack des Publikums ist veränderlich. Augenblicklich lebt auf den Brettern, die die Welt bedeuten, die Revue. Das „Metropol-Theater in Berlin" brachte uns jahrelang das Revue-Genre in glücklicher Form. Fritz Steidl, hat es dann übernommen, mit einer gut geleiteten Tournee-Gesellschaft mit den Revuen auf Reisen zu gehen. Fritz Steidl ist uns ein willkommener Gast, und sofern er, was wir von ihm voraussehen, uns so nette Abende bereitet wie in früheren Jahren, so darf er eines großen Erfolges gewiß sein. Die „Hochzeit des Maharadscha", der Schlager des Berliner Apollo-Theaters, wird erstmalig am 31. August zur Aufführung gelangen, in großer Ausstattung, mit ersten Solisten und Fritz Steidl in der Hauptrolle und einem schneidigen Balletkorps von 30 Damen. Ferner wirken erstklassige Varietekräfte im dritten Bilde mit. Der Billetverkauf findet in Danzig im „Deutschen Haus" und an der Kasse der Sporthalle vormittags von 11 bis 1 Uhr statt.

Bürgerschützenhaus. Wir weisen nochmals auf die heute abend im Bürgerschützenhaus stattfindende Volksvorstellung hin, die im heutigen Anzeigenteil bekannt gegeben wird.

Ostdeutscher Fußball. Die zweite Mannschaft des Sportklubs Preußen, Danzig, weilte am Sonntag zum Spiel gegen die Ib-Mannschaft der Allensteiner Viktoria in Allenstein. Beide Mannschaften lieferten sich vor einer großen Zuschauermenge ein schönes und interessantes Spiel, das 0 : 0 endete. — Ein kombinierte Mannschaft der Seminar-Sportabteilung und die 6. Mannschaft des Sportklubs Preußen trugen am Montag auf dem Heinrich-Ehlersplatz ein Gesellschaftsspiel aus. Mit 4 : 4 wurden die Seiten gewechselt und 5 : 5 lautete das Resultat am Schluße des Spiels. In der letzten Minute gelang den Seminaristen der Ausgleich.

Turn- und Sportfest. Unter der Leitung des Zoppoter Turnvereins veranstalteten die zum Turnbezirk Strandwinkel des Kreises I Nordost der Deutschen Turnerschaft gehörigen Vereine am Sonntag auf dem Zoppoter Manzenplatz ein Turn- und Sportfest. Im Ganzen nahmen 9 Vereine mit 185 Einzelkämpfern, 19 Mannschaften und 7 Musterriegen daran teil. Das Programm umfaßte im Turnen einen Zehnkampf am Gerät, Dreikampf (Dreisprung, 100-Meterlauf und Schleuderballwerfen) und einen Dreikampf für Turnerinnen (60-Meterlauf, Kugelstoßen, Weitsprung aus dem Stand), leichtathletische Wettbewerbe und die Entscheidungsspiele im Schlagball und Faustball.

Besucht die Bezirksversammlungen.

Am Dienstag, den 2. September finden die Bezirksversammlungen statt. Jeder Parteigenosse richte sich jetzt schon darauf ein und halte sich den Abend frei. Wissenschaftliche Vorträge werden gehalten, und erläuternde Diskussionen sollen die Eindrücke vertiefen und damit die sozialistische Idee festigen. Es ist notwendig, daß jeder Parteigenosse daran teilnimmt. Darum haltet den kommenden Dienstag frei für die Bezirksversammlung.

Verein Arbeiterjugend. Heute Abend 7 Uhr findet in der Turnhalle Weidengasse ein Sing- und Spielabend statt.

Verein Arbeiterjugend Heubude. Am Donnerstag, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Schönwiese. Die Jugendlichen aus Danzig, die an der Mitgliederversammlung teilnehmen wollen, treffen sich abends 6 Uhr am Langgarter Tor.

Aus dem Magistrats-Pressebüro.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß mit dem heutigen Tage neue Richtpreise für Obst in Kraft treten, laut denen für Birnen Preise von 60 Pfg. bis höchstens 1,10 Mark, für Aepfel 50 bis 70 Pf., für Fallobst (Aepfel und Birnen) 40 Pf. für das Pfund festgesetzt sind. Für Spillen und weiße Pflaumen ist ein Preis von 70 Pf., für Sauerkirschen und Preißelbeeren 80 Pf. für das Pfund bestimmt worden. Ueberschreitungen der Richtpreise sind der Preisprüfungsstelle, Töpfergasse 33, 3 Tr. anzuzeigen.

*

Der Höchstpreis für Weizenbrot und Brötchen ist zur Zeit 80 Pfg. für das Kilo. Auch Gebäck aus **ausländischem** Mehl unterliegt diesen Höchstpreisen. Bäcker, die höhere Preise nehmen, machen sich einer Ueberschreitung der Höchstpreise schuldig und setzen sich der Gefahr der strafrechtlichen Verfolgung und der Schließung ihrer Läden aus.

*

Krankenmilchkarten. Alle noch nicht abgeholten Krankenmilchkarten für die Monate September und Oktober werden (siehe Bekanntmachung) ab Donnerstag, den 28. August, in der Hauptstelle für Krankenernährung, Danzig, Töpfergasse 23 u. 24, ausgegeben.

Polizeibericht vom 27. August 1919. Verhaftet: 9 Personen, darunter: 5 Personen wegen Diebstahls und 4 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Quittungskarte für Alfred Nickel, 1 grauer Herrenfilzhut, gez. M. G., 1 kleine schwarze stählerne Damenuhr mit Kette, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums. 1 schwarzer Pelzkragen mit einem Kopf usw., abzuholen von Fräulein Herta Ibarth, Jäschkentaler Weg 26 a.

Wasserstandsnachrichten am 27. August 1919.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+ 1,80	+ 1,79	Pieckel	+ 1,96	+ 182
Fordon	+ 1,73	+ 1,64	Dirschau	+ 2,32	+ 2,21
Culm	+ 1,74	+ 1,67	Einlage	+ 2,70	+ 2,60
Graudenz	+ 1,93	+ 1,84	Schiewenhorst	+ 2,80	+ 2,70
Kurzebrack	+ 2,24	+ 2,18	Wolfsdorf	+ 0,13	+ 0,12
Montauerspitze	+ 1,94	+ 1,86	Anwachs	+ 1,36	+ 1,33

Wilhelm-Theater.

Die Rolle des Assessors Hagen in Holländers gegenwärtig mit starkem Beifall aufgenommener **„Prinzessin vom Nil"** sollte gestern abend Fritz Robert vom „Theater an der Wien" Gelegenheit geben, sich hier vorzustellen. Da indes diese Partie kaum dazu angetan ist, einen Operettentenor in all seinen Vorzügen sich entfalten zu lassen, läßt sich auch über Fritz Robert schwer ein Urteil fällen. Nach dem, was ich gestern von ihm sah und hörte, scheint er ein munterer Spieler mit bemerkenswerter Sicherheit und einer wohlgebildeten, wenn auch kleinen Stimme. Im übrigen war er von dem Urbild eines Assessors ziemlich weit entfernt, jedenfalls stand ihm sein Vorgänger in dieser Partie, was Aeußerlichkeit anbelangt, wesentlich näher. Der Direktion zu einem Engagement zu raten oder abzuraten, ist man nach dieser kleinen Vorprobe schwerlich in der Lage.

Das ziemlich gut besuchte Haus amüsierte sich sonst wieder ausgezeichnet, denn Willi Wilhelmy sorgt für Humor und flottes Spiel. Und die übrigen Mitwirkenden trugen gleichfalls mit bestem Erfolge das ihre dazu bei, dem Zuhörer ein paar lustige Stunden zu bereiten.

W. O.

Aus den Ostprovinzen.

Oliva. Der Gemeinde Oliva ist von der Preußischen Staatsregierung die Genehmigung zur Ausgabe von 500 000 Mk. 4 prozentiger Gemeinde-Obligationen erteilt. Die Anleihe ist von der Deutschen Bank, Filiale Danzig, zu 96 Prozent übernommen.

Stolp. Einem Flugunfall sind zwei Fliegeroffiziere zum Opfer gefallen. Bei Plötzig im Regierungsbezirk Marienwerder stürzte das Flugzeug aus unbekannter Ursache ab. Die beiden Insassen, Oberlt. v. Wiedebach und Lt. Peveling, waren sofort tot. Die beiden Offiziere gehörten zur hiesigen Fliegerbeobachtungsschule.

Thorn. Wegen der am Dienstag verübten Plünderungen verurteilte das Gericht des Kriegszustandes weitere vierzehn Personen nämlich: Schneiderlehrling Fritz **Schulz**, Schlosser Max **Grenda**, Schuhmacher **Johann Grzykowski** und Kutscher Martin **Dondalski zu je einem Jahre Gefängnis**, Bauarbeiter Ernst **Krock** und Arbeiter Joseph **Drzymalski zu je 9 Monaten**, Bäckergesellen Boleslaus **Hebla**, Arbeiter Leo **Bukowiecki zu je 8 Monaten**, Erdarbeiter Georg **Schmidt**, Schlosser Franz **Winarski** und Bäckerfrau Martha **Standarski zu je 6 Monaten**, Arbeiter Johann **Dombrowski** und Arbeiter Valentin **Malonkowski zu je 3 Monaten** und den Telegraphenarbeiter Otto **Remeike zu 2 Monaten Gefängnis**. Die ersten 6 Verurteilten wurden noch heute in eine auswärtigeStrafanstalt zur Verbüßung derStrafen abtransportiert.

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Loops; für Inserate: Bruno Ewert; Verlag und Druck: J. Gehl & Co., Danzig.

Krankenmilchkarten.

Sämtliche noch nicht abgeholte Krankenmilchkarten für die Monate September und Oktober werden ausgegeben:

ab Donnerstag, den 28. August in der Zeit von 7—1 Uhr in der Hauptstelle für Krankenernährung Töpfergasse 23/24.

Vorzulegen sind: 1. die Nahrungshauptkarte für die milchberechtigte Person, 2. die Milchkarte für den Monat August oder das behördliche Benachrichtigungsschreiben.

Danzig, den 26. August 1919. (4304

Der Magistrat.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Zoppoter Stadttheater.

Mittwoch, den 27. August, abends 7¼ Uhr: „Das Jungfernstift" Operette in 4 Akten von Ernst Guinot. Musik von Jean Gilbert.

Donnerstag, den 28. August, abends 7¼ Uhr: Ehrenabend für Georg Albrecht Latour „Der Bettelstudent." Operette in 3 Akten von Millöcker.

Freitag, den 29. August, abends 7¼ Uhr: Letztes Schauspiel in der Spielzeit 1919 und letztes Gastspiel Theodor Loos vom Lessingtheater in Berlin „Liebe" Tragödie von Anton Wildgans.

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer. Bühnenleitung Willy Koßmann.

Mittwoch, den 27. August, 6½ Uhr:

Wenn Männer schwindeln

Operette

Donnerstag, d. 28. Aug., 6½ Uhr: Wenn Männer schwindeln.

Vorverkauf täglich 10—3 Uhr nur an der **Theaterkasse, Langgarten.**

Bürgerschützenhaus

Große Allee

Haltestelle Olivaer Tor

Heute Mittwoch, den 27. August 1919:

Große (4286

Volks-Vorstellung.

Eintrittspreis auf allen Plätzen nur 50 Pfennig. Vorverkauf in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse.

Bei schlechtem Wetter in den Innenräumen.

Kurhaus Oliva, Hotel-Pension

Besitzer: **Eugen Katt.** Telephon 27.

Herrlich am Walde gelegenes Etablissement.

Garten, Veranda, moderne Lokalitäten.

Zimmer mit und ohne Pension. (3369

Beste Verpflegung. Gute Getränke.

Vorzüglichen Kaffee und Kuchen.

Jeden Sonntag: **Kaffee-Konzert.**

Konsum-Verein für Graudenz u. Umgeg.

Am Mittwoch, den 3. September 1919, abends 7½ Uhr, im „Hotel Schwarzer Adler"

Vierteljahres-Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. [illegible]
2. [illegible]
3. [illegible]
4. [illegible] des § 44 [illegible] 1 des Statuts
5. [illegible]

[illegible] (4296

Der Aufsichtsrat. [illegible]

— Tanzunterricht —

[illegible]

Privatzirkel :: Kurse für Fortgeschrittene

[illegible]

Rosa Linek, [illegible]

[illegible] (4295

Neuerscheinung

Der Staat in der sozialistischen Politik

Von Dr. Eberhard Schümmer.

Preis 30 Pfennig.

Was trennt uns von der deutschen demokratischen Partei?

Vortrag von Dr. Schümmer.

Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 32

Fada

(4256

[illegible]

Landesbank

Drahtanschrift: Ostpreußenbank

der Provinz Ostpreußen

Königsberg i. Pr. (Landeshaus), Königstraße 28/31

Amtliche Hinterlegungsstelle

Rechtsnachfolgerin der Provinzialhilfskasse der Provinz Ostpreußen

Gewährung kurz- u. langfristiger Darlehen / Wechselkredite / Beleihung von Wertpapieren, Hypotheken u. Waren / An- u. Verkauf von Wertpapieren / Kontokorrent-, Giro- u. Scheckverkehr / Annahme von verzinslichen Depositen und Einlagen / Vermietung von Schrankfächern

Reichsbank-Girokonto

Postscheckkonto Königsberg 8170

Fernruf Nr. 5305, 5306

Scherz- u. Vexierartikel

Zauberkästen

Zauberapparate

in großer Auswahl (4275

Zauberkönig J. Stuller, Melzergasse 11

Wollen Sie reich werden?

dann bestellen Sie sofort das soeben erschienene 160 Seiten starke Buch: Wie wird man nach dem Kriege reich? Zu beziehen gegen Nachnahme von Mark 3.50 durch **Otto Ramm, Chemnitz, Lutherstrasse 58.** (4305

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Danzig

Geschäftsstelle Jopengasse 24 pt.

Geschäftszeit: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag nachm. von 3—6 Uhr

Am Donnerstag, den 21. August, abends 6 Uhr findet eine außerordentlich wichtige

Mitglieder-Versammlung

im Werftspeisehaus statt.

Tagesordnung:

1. Das Spruchverfahren vor dem Militärversorgungsgericht.
2. Wahlen.
3. Die Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte.
4. Ortsgruppen-Angelegenheiten.

Sektion der Kriegshinterbliebenen.

Am Sonntag den 24. August, nachmittags 3½ Uhr

große Versammlung

der Kriegshinterbliebenen im Saale des Werftspeisehauses, Werftgasse.

Tagesordnung:

1. Wie können wir unsere Lage verbessern?
2. Freie Aussprache.
3. Wahlen.
4. Verschiedenes.

(4307

Zu dieser Versammlung haben nur Kriegshinterbliebene Zutritt. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand. J. A. Graßmann.

In der

Möbelstelle, Langgasse Nr. 73

kommen zum Verkauf soweit der Vorrat reicht:

Bettgestelle ohne Matratzen . . . zu Mk.	78.—	91.—	100.—
Patent-Matratzen . . . „ „		45.25	52.—
Auflegematratzen mit Keilkissen . „ „	65.—	75.—	100.—
Kleiderschränke . . . „ „		130.—	250.—
Waschkommoden, 3 Kästen . . . „ „			120.—
Waschtische, 2 Kästen . . . „ „		39.—	104.—
Nachttische . . . „ „		32.50	45.—
Wäsche- u. Bücherschränke . . . „ „			111.—
Stühle mit perf. Sitz . . . „ „			21.50
Ausziehtische mit 2 Auszügen . . . „ „	70.—	80.—	90.—
Sitztruhen . . . „ „			37.50
Sofas . . . „ „			325.—
Kücheneinrichtungen, gestrichen, bestehend: aus 1 Küchenschrank, 1 Tisch, 1 Rahmen, 1 Handtuchhalter . . . „ „			400.—
Küchenstühle . . . „ „			16.50
Topfbänke . . . „ „			20.—
Einzelne Küchenschränke, gestrich. „ „			260.—
Einzelne Küchentische . . . „ „			55.50
Bücher- und Küchenregale . . . „ „			15.—
Spiegel . . . „ „		45.50	52.—
Zweischläfrige Bettgestelle . . . „ „			115.—
Dazugehörige Auflegematratzen . „ „			50.—
Patent-Matratzen . . . „ „			50.—

Kriegsteilnehmern wird bei ⅓ Anzahlung vom Heimatdank Kredit gewährt. (4303

Gute Bücher

der Unterhaltung und Belehrung.

Erweckt. Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger
Der Ausweg. Eine Erzählung von Ernst Preczang
Das Land der Zukunft. Reisebeschreibung von Leo Kolisch. Mit einer Einleitung von Paul Göhre
Verschrobenes Volk. Erzählungen von R. Grötzsch
Der Prinzipienreiter. Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos
In den Tod getrieben. 2 Erzählungen v. Ernst Preczang
Der Pariser Garten und anderes. Von Minna Kautsky
Mutter. Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch
Der Morgen graut. Erzählungen aus dem Proletarierleben. Von M. Andersen-Nexö
Die Heiterethei. Eine lustige Erzählung von Otto Ludwig
Vom Waisenhaus zur Fabrik. Geschichte einer Proletarierjugend. Von Georg Heinrich Dikreiter
Der Gotteslästerer. Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Waldarbeiter. Von A. Ger
Die Marketenderin. Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege von Erckmann-Chatrian.
Kriegsfahrten in Belgien und Nordfrankreich. Von Dr. T. Koester u. G. Noske. Mit 8 Bildern u. 1 Karte
Kriegsberichte aus Ostpreußen und Rußland. Von Wilh. Düwell, Kriegsberichterst. Mit 8 Bildern u. 1 Karte
Herzen im Kriege. Schilderungen u. Geschichten. Ausgewählt v. Franz Diederich. 2 Bde., jeder für sich abgeschlossen
Als Zwischendecksteward nach Südamerika. Erzählung von Heinrich Neuenhagen
Verbrechergeschichten I. (Kleist, Droste-Hülshoff, Schiller)
Nickel, des Kapital und anderes. Von Ernst Preczang

Jeder gebundene Band 2 Mark

Erzgebirgisches Volk. Erinnerungen von A. Ger **3 Mark**

Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32

Original **Reichel's Likör-Essenz** eingetroffen

Bruno Fasel, Drogerie (4294 „Am Dominikanerplatz" Junkergasse, Ecke Johannisgasse.

Im Vertrauen

auf sicheren Erfolg (Viele Dankschreiben) benutzen **Kluge Frauen** bei Störungen und Stockungen der monatlichen Blutungen nur mein bestbewährtes Mittel. Wenn bisher nichts geholfen hat, machen Sie noch einen Versuch und schreiben ausdrücklich, wie lange Sie zu klagen haben. Diskreter Versand. Securitas-Reismühle 266 in Hamburg 24. (†

4290

Rob. Kleefeld, Zopf- und Perücken-Fabrik, Breitgasse 6.

Moral ohne Gott

Zur Frage

der Trennung von Staat und Kirche

von

Waldemar Domröse-Oliva.

Preis 1 Mark.

Zu haben in der Buchhandlung Volkswacht,

Danzig, Paradiesgasse 32.

Briefmarken-

nachlaß, Sammlungen, Kriegsmarken u. dergleichen kauft zu höchsten Preisen

F. Bender, Langgasse 16, 2 Tr. (†

Wer bar Geld braucht schreibe direkt an R. Liedtke Danzig, Paradiesgasse 8-9.

Geschichtliche Tat

Blätter und Sätze aus den Schriften und Briefen von

Karl Marx

Auswahl u. Gruppierung von Franz Diederich

Preis: Broschiert 3.50 Mk., gebunden 4.50 Mk.

Der reiche Inhalt des Buches umfaßt folgende Gruppen:

1. Revolutions-Erkenntnis
2. Die kapitalistische Produktionsform.
3. Mehrarbeit u. Arbeitslohn.
4. Sozialismus und Arbeiterbewegung.
5. Geschichtsauffassung.

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Moderne illustrierte :: Zeitschriften :: **Buchh. Volkswacht.**

Zu Kochtöpfen

werden neue Böden eingesetzt, alle Klempnerarbeiten preiswert

G. Plotzki, Klempnermstr., Schüsseldamm 11. (3370

Verlag der Volkswacht Danzig.

Friedrich Stampfer:

Religion ist Privatsache

Erläuterungen zu Punkt 6 des Erfurter Programms 31.—40. Tausend. Mk. 1,—

Goldene Damen-Armbanduhr auf dem Wege vom Hauptpostamt nach Langgarten am Dienstag vorm. verlor. Geg. hoh. Belohn. abzugeb. b. Brustow, Hl. Geistg. 74b †

Kleine Fuhren macht Hint. Adl. Brauh. 6pt

Verlangen Sie die Volkswacht in allen Restaurants, Cafés, Wirtschaften, bei den Bahnhofsbuchhändlern und in allen Kiosks.

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Policenverfall. — Sterbekasse. —

Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt, Maitenbuden 35.

Schwarze Brieftasche mit 250 Mk. Inhalt auf d. Wege v. Bahnhof bis Schüsseldamm verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe geg. hohe Belohnung abzugeb. bei Richerts, Bischofsberg Nr. 15a. (†

Warne

hiermit Jeden, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.

Friedrich Gutenberg, Schmiedegasse 12. (†

Rassekaninchen [illegible]

[illegible] (1165

Verkauf gut gearb. [illegible]

Ein Spiegelbild

für unsere Tage bieten die billigen 30-Pfg.-Hefte des reich bebilderten bei der Frankh'schen Verlagshdlg. Stuttgart ersch. Werk.

Preßn-Demitz: **Die Geschichte der französisch. Revolution**

Unterhaltend und auch belehrend. Heft 1 zu 30 Pfg. beziehbar durch **Buchhandlung Volkswacht, Danzig.**